

Wirtschaftsstandort Baselland

Zurück in die Erfolgsspur

16

**Impulse für
ein erfolgreiches
Baselbiet**



Inhalt

Vorwort Zentralvorstand Wirtschaftskammer Baselland	2
Übersicht Standortfaktoren	4
Einleitung	6
Standortfaktor Arbeitsmarkt	8
Interview Woertz AG	10
Initiative 1: Volle steuerliche Anrechnung der Kosten für die Kinderbetreuung	14
Initiative 2: Mehr arbeiten muss sich lohnen – Erhöhung des steuerlichen Doppelverdienerabzugs	15
Initiative 3: Fachkräfte aus Drittstaaten: Bedarfsgerechte Zuwanderung ermöglichen	16
Initiative 4: Fachkräftemangel bekämpfen – Förderung von Vollzeitarbeit	17
Initiative 5: Arbeiten im Rentenalter soll sich lohnen	18
Standortfaktor Berufsbildung	20
Interview Selmoni Gruppe	22
Initiative 6: Duale Ausbildung mit Berufsbildungsfonds stärken	26
Initiative 7: Stärkung der beruflichen Orientierung: Praxisnahen Unterricht fördern	27
Initiative 8: Universität Basel besser an die Nachfrage am Arbeitsmarkt ausrichten	28
Standortfaktor Staatswesen	30
Interview Aquasant Messtechnik AG	32
Initiative 9: Fairer Arbeitsmarkt: KMU-Arbeitsbedingungen als Richtschnur für die öffentliche Verwaltung	36
Initiative 10: Staatsaufgaben: Weniger ist mehr	37
Initiative 11: Wirksame und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung durch Private	38
Standortfaktor Bürokratie	40
Interview Stamm Bau AG	42
Initiative 12: Ernst machen mit der Bürokratie-Entlastung der KMU	46
Standortfaktor Mobilität	48
Interview SKAN AG	50
Initiative 13: Zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur: Realisierung der Umfahrung Süd	54
Initiative 14: Leistungsfähige Umsteigehubs: Verbindung von öV und Individualverkehr	55
Initiative 15: Zubringer Bachgraben-Allschwil: Unverzögliche Realisierung	56
Standortfaktor Energie	58
Interview Mineralquelle Eptingen AG	60
Initiative 16: Genügend und bezahlbare Energie: Mit einer positiven Energievision in die Zukunft	64
Mitglied im Komitee werden	65
Anleitung zum Ausfüllen der Unterschriftenbögen	66
Alle Unterschriftenbögen für die 16 Initiativen	67

Das Baselbiet kann grossartig sein!

Als Wirtschaftskammer Baselland setzen wir uns täglich mit den grossen und kleinen Herausforderungen der regionalen Wirtschaft auseinander. Doch heute soll es bewusst nicht um Probleme gehen, sondern um Chancen. Ohne bevorstehende Wahlen und die übliche politische Aufregung, die oft nostalgische Versprechen mit sich bringt, möchten wir den Blick in die Zukunft richten. Das Ziel? Ein Baselbiet, das als dynamischer und starker Wirtschaftsstandort Menschen Arbeit und Perspektiven bietet, mit denen Sie Ihre Familien versorgen und Ihre Lebensqualität steigern können.

Das Magazin, das Sie in den Händen halten, ist für uns etwas Besonderes. Wir verteilen es bewusst über unsere Mitgliedsunternehmen hinaus, weil wir glauben, dass unser Kanton gerade vor entscheidenden Weichenstellungen steht: Werden wir auch künftig Unternehmen beheimaten, die wirtschaftlich in der Weltspitze mitspielen? Die in Zukunftstechnologien investieren und als Magnet für junge Talente wirken? Oder begnügen wir uns mit einem Platz im hinteren Mittelfeld und sehen zu, wie die anderen mit ihren Innovationen die Welt gestalten?

Impulse direkt aus der Wirtschaft

Damit das Baselbiet nicht ins Hintertreffen gerät, brauchen wir den offenen Austausch darüber, was wir tun können, um gemeinsam auf eine erfolgreiche Zukunft zuzugehen. Wir haben 16 Initiativen entwickelt, die an wichtigen Stellschrauben für unseren Wirtschaftsstandort drehen sollen. Der gemeinsame Nenner dieser Initiativbegehren lässt sich am treffendsten mit dem Slogan «Zurück in die Erfolgsspur» umschreiben – und das nicht ohne Grund: Wir hören immer wieder von unseren Mitgliedsunternehmen, dass es ihnen schwerfällt, sich im heutigen Umfeld weiterzuentwickeln. Dieses Motto suggeriert auch, dass wirtschaftspolitische Korrekturen nötig sind. Mit diesem Initiativ-Paket setzen wir 16 politische Impulse, die einen Beitrag leisten sollen, den Wirtschaftsstandort wieder zu stärken und die Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunft zu gestalten.

Um sicherzustellen, dass wir auf dem richtigen Weg sind, haben wir zahlreiche erfahrene Unternehmerinnen und Unternehmer aus dem Baselbiet zu Wort kommen lassen. Unsere Mitarbeitenden haben ihre Geschichten und Gedanken eingefangen – entstanden sind Interviews, die spannende Einblicke in das Denken derer bieten, die unsere Wirtschaft tragen.

Warum so viele Initiativen?

Brauchen wir wirklich 16 Initiativen? Wir denken, ja. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen lassen sich nicht mit einem grossen «Knall» verbessern, der so gewaltig ist, dass Politik und Gesellschaft in Streit geraten und die Lösungsfindung blockieren. Deshalb setzen wir auf eine Strategie der vielen kleinen Schritte. Denn viele kleine Ideen zusammen führen zu grossen Veränderungen.

Das Mitgestalten der Rahmenbedingungen, insbesondere dort, wo den Unternehmen der Schuh drückt, sowie die Entwicklung (rasch) umsetzbarer Ideen sehen wir als unsere Verpflichtung. Denn das langsame Abdriften ins wirtschaftliche Abseits hat viele Gründe und es wäre zu einfach, die Verantwortung allein der Politik zuzuschreiben. Schliesslich haben wir alle über die Jahre hinweg jene Regierungen und Parlamente gewählt, die uns versicherten, dass im Baselbiet alles bleiben könnte, wie es ist, selbst wenn sich die Welt wandelt.

Bereit sein für Veränderungen

Wir sind der Ansicht, dass wir nicht länger zusehen können, wie sich der Wirtschaftsstandort kaum weiterentwickelt. In vielen Technologiefeldern werden wir in den nächsten fünf Jahren Entwicklungen erleben, die das Wirtschaftsleben grundlegend ändern werden. Künstliche Intelligenz und superschnelle Computer werden unvorstellbare Fortschritte in der Entwicklung neuer Materialien, im maschinellen Lernen und bei Innovationen in allen Wirtschaftszweigen ermöglichen. Ein Wirtschaftsstandort, der regulatorisch gut aufgestellt ist, kann hier vorne mitspielen und sich einen Vorsprung für Jahrzehnte verschaffen.

Das Baselbiet kann grossartig sein, ist aber in den letzten Jahren gerade ziemlich kleinmütig. Mit unseren Ideen und Initiativen wollen wir mit interessierten Leuten darüber ins Gespräch kommen, wie unsere Wirtschaft weg vom Sparflammenmodus kommt. Sonst wird allein schon der demografische Wandel das Potenzialwachstum auf unter ein Prozent drücken – zu wenig, um all die Herausforderungen finanzieren zu können, die vor uns liegen.

Den Wirtschaftsstandort voranbringen

Geben Sie uns Feedback und sagen Sie uns Ihre Meinung. Es ist wichtig, dass ein Diskurs über die Zukunft des Wirtschaftsstandorts stattfindet. Dafür wollen wir eine Bühne bieten. Wenn Sie sich für wirtschaftspolitische Themen interessieren, folgen Sie uns gerne auf unseren Kanälen.

Im «Standpunkt der Wirtschaft», in Newslettern, auf Social Media oder in Podcasts diskutieren wir regelmässig Ideen und Meinungen, die das Baselbiet ein Stück voranbringen können – und vielleicht inspirieren wir auch Sie, über die Zukunft des Wirtschaftsstandorts nachzudenken.

Und helfen Sie mit und unterzeichnen Sie die Initiativen. Gemeinsam bringen wir das Baselbiet wieder zurück in die Erfolgsspur.

Ihr Zentralvorstand
der Wirtschaftskammer Baselland

Sechs Hebel für wirtschaftlichen Erfolg

Der Kanton Basel-Landschaft als Wirtschaftsstandort soll wieder erblühen. Um wirtschaftlich neu durchzustarten, braucht es neben einem schlanken Staatswesen und weniger Bürokratie auch gezielte Massnahmen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Dazu gehört eine gestärkte Berufsbildung, die junge Talente fördert. Aber auch eine verbesserte Mobilität sowie eine ausgewogene und zukunftsorientierte Energiepolitik sind wichtige Eckpfeiler, die den Standort attraktiver machen. Der Zentralvorstand der Wirtschaftskammer hat 16 Initiativen zu den sechs zentralen Standortfaktoren lanciert, die gezielt auf diese Themen abzielen und die Prosperität der Region sichern sollen.



Arbeitsmarkt

Der Mangel an Arbeits- und Fachkräften bremst das wirtschaftliche Wachstum im Baselbiet. Demografische Veränderungen, hohe Teilzeitquoten und frühe Renteneintritte verschärfen die Lage. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik soll mehr Menschen ins Erwerbsleben bringen, durch steuerliche Anreize, bessere Kinderbetreuung und gezielte Zuwanderung. Wer Wohlstand sichern will, muss den Unternehmen genügend Arbeitskraft für eine erfolgreiche Entwicklung bereitstellen.



Berufsbildung

Die duale Bildung im Baselbiet verliert an Bedeutung, während Unternehmen dringend Lehrlinge suchen. Der Fokus verschiebt sich hin zu akademischen Wegen, was den Fachkräftemangel verschärft. Ungleiche Fördermittel begünstigen Universitäten, benachteiligen aber die Berufsbildung. Politik und Wirtschaft müssen gemeinsam handeln, um mit praxisnahen Angeboten und gezielten Investitionen die duale Ausbildung zu fördern.



Staatswesen

Die wachsende Verwaltung im Baselbiet belastet zunehmend Staatsfinanzen und KMU. Immer neue Regulierungen führen zu noch mehr Bürokratie und höheren Ausgaben. Mit dem hohen Lohnniveau wird die Verwaltung zudem zur Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und verschärft den Fachkräftemangel. Um Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, soll der Staat Aufgaben reduzieren, Outsourcing fördern und sich bei den staatlichen Gehältern am KMU-Niveau orientieren. Eine effiziente, zugängliche und pragmatisch handelnde Verwaltung ist entscheidend für eine starke, zukunftsfähige Wirtschaft.



Bürokratie

Kleine und mittlere Unternehmen kämpfen mit dem wachsenden bürokratischen Aufwand, was ihre Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit schwächt. Trotz Initiativen wie dem KMU-Entlastungsgesetz fehlt eine entschlossene Unterstützung der Politik beim Bürokratieabbau. Und die Digitalisierung der Verwaltung steckt noch in den Kinderschuhen. Eine moderne, digitale Verwaltung und gezielter politischer Bürokratieabbau sollen die Unternehmen von übertriebenem administrativem Aufwand entlasten.



Mobilität

Das Baselbiet leidet unter chronischem Verkehrschaos. Veraltete Infrastruktur und Staus belasten Wirtschaft und Pendler, besonders KMU und Grenzgänger. Unternehmen erwägen Abwanderung, Fachkräfte wandern ab. Um Wohlstand und Lebensqualität zu sichern, sind mutige Lösungen wie Verkehrsringe, Umsteigehubs und ein Ausbau des öffentlichen Verkehrs nötig. Die Politik muss handeln – sofort.



Energie

Die Energiewende muss neben Nachhaltigkeit auch Wirtschaftlichkeit berücksichtigen. Unternehmen im Baselbiet fordern eine Energiepolitik, die Versorgungssicherheit, Effizienz und niedrige Kosten vereint. Angesichts steigender Stromnachfrage braucht es Technologieoffenheit bei der Energieproduktion und viel Augenmass bei den Vorschriften in der Energieeffizienz. Mit Anreizsystemen und Innovationen wird die Energie bezahlbar und die produzierende Wirtschaft wettbewerbsfähig bleiben.

Weichenstellung für eine erfolgreiche Zukunft

Unter dem Motto «Wirtschaftsstandort Baselland: Zurück in die Erfolgspur» lanciert die Wirtschaftskammer Baselland ein Impulsprogramm mit 16 Volksinitiativen, mit der Ambition, den Kanton aus seinem wirtschaftlichen Stillstand zu befreien. Getragen von den KMU im Baselbiet, zielen die Initiativen darauf ab, die schwindende Wirtschaftskraft zu revitalisieren, Firmenabwanderungen zu verhindern und Investoren anzulocken. Roman Mayer, Präsident der Wirtschaftskammer Baselland, betont: «Diese Initiativen sind eine direkte Antwort auf den spürbaren Unmut unter den KMU der Region.» Christoph Buser, Direktor der Wirtschaftskammer, ergänzt: «Wir haben nicht das Gefühl, als Wirtschaftsstandort in der Erfolgspur zu sein.»

Der Kanton Basel-Landschaft und mit ihm seine Wirtschaft haben in den letzten Jahren merklich an Dynamik verloren. Andauernde Verkehrsprobleme, wachsende bürokratische Hürden und ein anhaltender Fachkräftemangel haben die wirtschaftliche Entwicklung stark gehemmt. Viele KMU betrachten das Baselbiet mittlerweile als «nicht attraktiven Standort», wie Buser anmerkt. Mayer unterstreicht, dass die Initiativen aus realen Bedürfnissen abgeleitet sind: «Die Brennpunkte sind bei allen KMU gleich. Besonders der Verkehr stellt für viele Unternehmen ein tägliches Hindernis dar. Die Mitarbeitenden, vor allem Grenzgänger, stecken auf dem Arbeitsweg tagtäglich lange im Stau fest.» Dies wirke sich negativ auf die Verfügbarkeit von Fachkräften aus.

Handlungsbedarf auf vielen Ebenen

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, setzt die Wirtschaftskammer auf sechs Kernbereiche: Arbeitsmarkt, Berufsbildung, Staatswesen, Bürokrati-

tieabbau, Mobilität und Energie. Im Bereich Arbeitsmarkt ist alles Mögliche zu tun, damit wieder mehr Leute verfügbar sind. Die Anreize sind entsprechend anzupassen. Beispielsweise soll sich Vollzeitarbeit steuerlich lohnen. Oder Menschen, die über das Pensionsalter hinaus arbeiten möchten, sollen mit einem Rentenbonus dazu ermutigt werden. Auch bei Doppelverdiener-Paaren und Eltern sollen steuerliche Anreize helfen, damit die Unternehmen auf die Expertise dieser Fachkräfte zählen können. Zudem plädiert Mayer für eine stärker wirtschaftlich gesteuerte Zuwanderung.

«Der Staat ist wie eine nimmersatte Raupe. Diese Entwicklung muss dringend gestoppt werden.»

Die Berufsbildung soll aus ihrem Schattendasein heraustreten. «Wir müssen wieder in die Köpfe bringen, dass eine Lehre nichts Schlechtes ist», betont Mayer. Mit einem Berufsbildungsfonds für nicht ausbildende Unternehmen soll die Ausbildungsbereitschaft von Betrieben hoch gehalten werden. Die Mittel aus dem Fonds sollen in Ausbildungssupport für die Lehrbetriebe und in ein verstärktes Berufsbildungs-Marketing gehen, um dem schleichenden Bedeutungsverlust der Berufsbildung entgegenzuwirken und so mehr Fachkräfte hervorzubringen.

Die unhaltbare Verkehrssituation mit den vielen Stautunden gleicht einem gordischen Knoten, der nun entschlossen durchzuschlagen gehört. «Wir sind

punkto Strasseninfrastruktur auf dem Stand von 1970», kritisiert Buser. Die Wirtschaftskammer fordert innovative Lösungen wie leichter erreichbare Umsteigehubs an der Schnittstelle vom ländlichen zum urbanen Verkehr, aber auch eine direkte Tunnelverbindung zwischen den Wirtschaftsräumen Liesental und Arlesheim/Reinach. Zudem soll der Zubringer Bachgraben-Allschwil zügig realisiert werden.

Kritisch sieht die Wirtschaftskammer das Staatswachstum. «Der Staat ist mittlerweile der grösste Arbeitgeber», warnt Mayer. Dass der öffentliche Sektor dabei durch hohe Löhne Fachkräfte aus der Privatwirtschaft abziehe, stösst den KMU sauer auf. Buser vergleicht den Staat mit einer «nimmersatten Raupe», die viele Aufgaben an sich reisst und den KMU zunehmend Konkurrenz macht. Diese Entwicklung müsse gestoppt werden.

Auch die Bürokratie belastet die KMU zunehmend. «Es gibt immer mehr und noch mehr Regeln», beschreibt Mayer die Regulierungsspirale. Die Wirtschaftskammer fordert daher mehr Einfluss für das KMU-Forum des Kantons Basel-Landschaft, um frühzeitig gegen überbordende Regulierungen vorgehen zu können.

Trotz gesunkener Energiepreise bleibt Energie ein zentrales Thema für die KMU. «Hohe Energiepreise machen alles teuer», erklärt Buser. Dies bedrohe insbesondere energieintensive Betriebe. Betroffen sind viele grosse industrielle Produktionen, auch kleine Bäckereien und Gastrobetriebe kämpfen um ihre Existenz. Die Herausforderung bestehe darin, den Spagat zwischen Nachhaltigkeit und bezahlbarer Energieversorgung zu meistern.



Die Spitze der Wirtschaftskammer Baselland: Roman Mayer, Präsident des Zentralvorstandes, und Christoph Buser, Direktor

Impulse für die nächste Generation

Die 16 Initiativen sollen eine breite Debatte in Politik und Bevölkerung anstossen. «Wir appellieren an die Bevölkerung, nicht egoistisch zu denken» sagt Mayer. «Es geht vor allem um die nächste und übernächste Generation und die Sicherung des Wohlstandes. Wir müssen jetzt die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft stellen.»

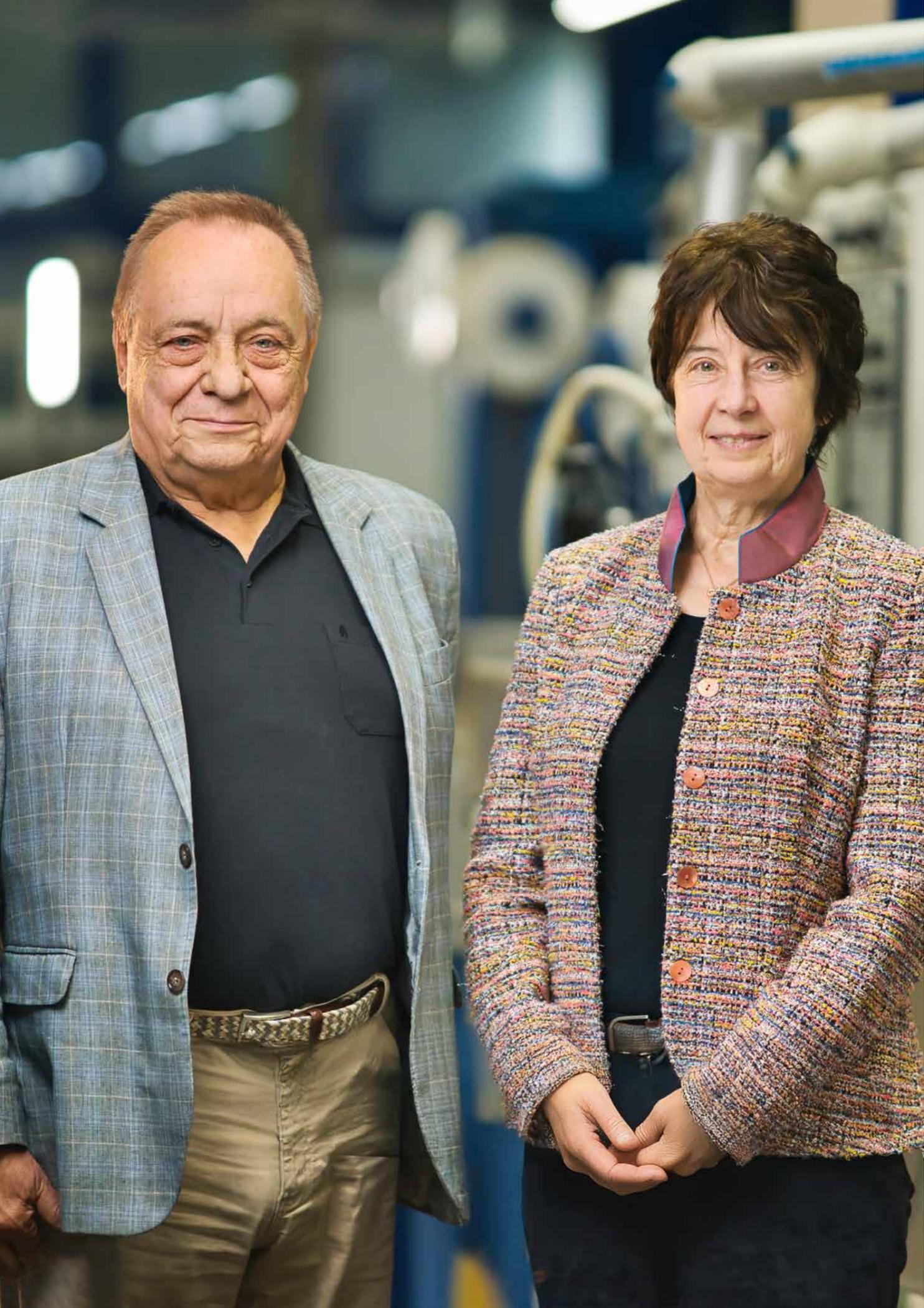
Ab 2026 könnten die ersten Initiativen zur Abstimmung kommen. Die Wirtschaftskammer hat bewusst den Weg

der Volksinitiative gewählt. «Wenn man politisch über den Parlamentsbetrieb zu wenig vorwärtskommt, muss man vors Volk gehen», erklärt Mayer. Buser ergänzt: «Wir bilden uns nicht ein, alle 16 Initiativen vor das Volk zu bringen und 16 Mal zu gewinnen. Aber wir wollen erreichen, dass diese Themen auf politischer Ebene ernsthaft angegangen werden müssen.» Mayer unterstreicht die Dringlichkeit: «Wir müssen etwas tun, sonst verliert das Baselbiet den Anschluss und die Wirtschaft weiter an Kraft.»

Jetzt das ganze Interview schauen

Schauen Sie jetzt das ganze Interview als Video, indem Sie den QR-Code scannen:





«Wir müssen KMU fördern und Hürden abbauen»

Die Woertz AG steht vor grossen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt. VR-Präsidentin Carole Woertz und CEO Dr. Tamas Onodi sprechen über den Mangel an Fachkräften, die Bedeutung von Berufsstolz und wie das Unternehmen durch innovative Personalstrategien dennoch erfolgreich bleibt.

Frau Woertz, wie fühlen Sie sich als Unternehmerin im Kanton Basel-Landschaft?

Woertz: Sehr wohl! Wir sind ein fast 100 Jahre altes Unternehmen und wenn wir Unterstützung von den Behörden brauchen, bekommen wir sie. Das ist sehr wertvoll für uns.

Wie sehen Sie die Zukunft des Standorts Basel-Landschaft?

Woertz: Der Standort hat für uns viel Potenzial. Wir fühlen uns hier sehr gut aufgehoben und werden weiterhin in die Region investieren. Unser Ziel ist es, die Produktion auszubauen und den Standort zu stärken.

Dennoch ist das wirtschaftliche Umfeld kein einfaches. Was beschäftigt Sie derzeit am meisten?

Woertz: Hauptsächlich der Arbeitsmarkt. Wir brauchen qualifizierte Mitarbeiter, um das Unternehmen weiterzuentwickeln. Vor allem Spezialisten sind schwer zu finden, der Arbeitsmarkt ist leer.

Sie spüren den Fachkräftemangel also auch stark?

Woertz: Ja, extrem. Deshalb haben wir begonnen, Stellen anders auszuschreiben.

Wie läuft das konkret?

Woertz: Wir haben unser Recruiting neu ausgerichtet. Anstatt nur Stellen auszuschreiben, rufen wir gezielt dazu auf, gemeinsam mit uns die Firma weiterzuentwickeln. Wir suchen Menschen, die nicht nur nach einem Job suchen, sondern die wirklich Herzblut in unser Unternehmen stecken und mit uns in die Zukunft gehen wollen.

«Wir suchen keine klassischen Führungskräfte, sondern Menschen, die Lust haben, mit uns die Firma zu gestalten»

Also quasi ein Teil des Unternehmens werden, nicht nur eine Position ausfüllen?

Woertz: Genau. Wir suchen keine klassischen Führungskräfte, sondern Menschen, die Lust haben, mit uns die Firma zu gestalten. Es geht darum, das Unternehmen mit uns zu bauen, nicht nur darin zu arbeiten.

Und haben Sie damit schon Erfolg?

Woertz: Ja, das Konzept kommt gut an. Es gibt Leute, die sich angesprochen fühlen, obwohl sie gar nicht aktiv auf Jobsuche sind. Manche verlassen sogar stabile Positionen, weil sie die Idee

reizt, etwas mitzugestalten. Das ist wirklich schön.

Wie sehen Sie den demografischen Wandel? Viele Menschen gehen in den Ruhestand, aber gleichzeitig gibt es eine Debatte darüber, länger zu arbeiten. Wie handhaben Sie das in Ihrem Unternehmen?

Onodi: Wir bieten unseren Mitarbeitenden die Möglichkeit, über das reguläre Rentenalters hinaus zu arbeiten, wenn sie das möchten. Einige tun das auch, weil sie Freude an der Arbeit haben. Allerdings löst das das Grundproblem nicht. Wir müssen Nachfolger finden und junge Leute ausbilden. Ältere Mitarbeitende können vorübergehend helfen, aber auf lange Sicht brauchen wir eine nachhaltige Lösung.

Spielt die Zuwanderung eine Rolle bei der Suche nach Fachkräften?

Woertz: Nicht wirklich. Wir suchen vorwiegend in der Schweiz. Natürlich haben wir auch Mitarbeitende aus dem

Woertz AG

Die 1928 gegründete Woertz AG mit Hauptsitz in Muttenz ist ein Schweizer Familienunternehmen und führender Hersteller von Systemlösungen für Elektroinstallationen. Zu den Kernkompetenzen zählen Kabelführungssysteme, Verbindungstechnik sowie Lösungen für E-Mobility, Gebäudeautomation und Brandsicherheit. Mit rund 250 Mitarbeitenden produziert Woertz zu 100 Prozent in der Schweiz. Das Unternehmen ist ISO-zertifiziert und international in über 20 Ländern vertreten, mit eigenen Vertriebsorganisationen in Deutschland und den USA.



KI-gestützte Qualitätskontrolle für höchste Präzision

Foto: zVg

Ausland, aber aktiv im Ausland rekrutieren, das machen wir nicht.

Aber Sie haben Grenzgänger, oder?

Onodi: Ja, wir haben Grenzgänger, das ist für uns ganz normal. Es geht aber primär darum, die Fachkräfte, die wir hier haben, weiterzuentwickeln und zu halten. Wir müssen unseren Mitarbeitenden eine Perspektive bieten, damit sie langfristig bei uns bleiben und wachsen können.

«Die Schweiz hat zwar die Türen für den internationalen Handel geöffnet, aber in der Praxis sieht es anders aus»

Was ist Ihrer Meinung nach das Kernproblem des Fachkräftemangels in der Schweiz?

Onodi: Die Schweiz hatte einst eine einzigartige Anziehungskraft für hochqualifizierte Fachkräfte. Es war sauber, ordentlich und friedlich. Das alles hat die Schweiz von anderen Ländern unterschieden. Aber das hat sich in den letzten Jahren geändert. Wir reden viel über die Anwerbung von Fachleuten aus dem Ausland, aber wir verlieren dabei die Essenz dessen, was die Schweiz attraktiv gemacht hat.

Woran liegt das Ihrer Meinung nach?

Onodi: Ein grosser Faktor ist die freie Zuwanderung. Früher galt die Schweiz als «Insel» in Europa – mit einem höheren Lebensstandard und weniger alltäglichen Problemen. Doch heute sieht man, dass auch hier viele Probleme angekommen sind, die man sonst eher aus grossen Metropolen wie Frankfurt oder Berlin kennt. Es ist hektischer geworden, Ordnung und Sauberkeit haben gelitten. Das spürt man besonders in Städten wie Basel. Wer soll heute noch wegen der Lebensqualität hierherkommen, wenn es woanders ähnlich aussieht. Früher war es ein Privileg, in der Schweiz arbeiten zu dürfen. Ingenieure aus Deutschland und Frankreich kamen gerne und fühlten sich geehrt, hier tätig zu sein. Heute ist das anders. Geld alleine reicht nicht mehr aus, um Fachkräfte anzuziehen. Es fehlt die Identifikation mit dem Land, und das sieht man besonders in den Führungsebenen. Ein hoher Lohn allein motiviert nicht mehr so wie früher.

Wie beeinflusst diese Entwicklung die kleineren Unternehmen in der Schweiz?

Onodi: Die KMU, die sogenannten kleinen und mittleren Unternehmen, sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Ca. 60% des Bruttoinlandsprodukts stammen aus diesen Unternehmen, die 2/3 der Arbeitnehmenden beschäftigen und dennoch hören wir in den Me-

dien fast nichts über sie. Politiker und die Öffentlichkeit sprechen nur über Grosskonzerne wie Novartis, Roche oder ABB, aber die wahre Arbeit leisten die KMU. Sie exportieren, sie schaffen Arbeitsplätze, und dennoch werden sie vernachlässigt.

Woran liegt das, dass KMU so wenig Beachtung finden?

Onodi: Es ist ein altbekanntes Problem. Die grossen Unternehmen stehen im Fokus, weil sie für Schlagzeilen sorgen. Aber die KMU sind nicht in den Nachrichten, sie sind nicht politisch präsent. Dabei sind sie die treibende Kraft hinter unserer Wirtschaft. Sie exportieren in alle Welt, trotz der enormen Hürden. Die Schweiz hat zwar die Türen für den internationalen Handel geöffnet, aber in der Praxis sieht es anders aus. Deutsche und europäische Prüfinstitute machen es unseren KMU fast unmöglich, konkurrenzfähig zu bleiben. Diese Hürden sind so hoch, dass viele Unternehmen grosse Probleme haben, überhaupt auf dem europäischen Markt Fuss zu fassen. Gleichzeitig sind Importprodukte, sogar mit einer einfachen «Selbstdeklaration», unproblematisch in der Schweiz umzusetzen.

Sehen Sie eine Lösung?

Woertz: Ja, aber es braucht Mut und politische Entschlossenheit. Wir müssen die KMU fördern, ihnen gleiche Chancen bieten und die Hürden für den Export abbauen. Es darf nicht sein, dass europäische Normen als Deckmantel dienen, um Schweizer Unternehmen zu benachteiligen. Wenn wir die KMU verlieren, verliert die Schweiz einen grossen Teil ihrer wirtschaftlichen Identität.

Was bedeutet das für die Zukunft der Schweiz?

Woertz: Wenn wir nicht handeln, wird es schwierig, Fachkräfte und Unternehmen im Land zu halten. Die Schweiz muss sich auf ihre Stärken besinnen und diese aktiv fördern. Ohne eine starke KMU-Landschaft und ohne qualifizierte Fachkräfte wird es schwer, die wirtschaftliche Stabilität aufrechtzuerhalten. Die Politik muss aufwachen und realisieren, dass Geld alleine nicht reicht. Es geht um Identität, Tradition und Qualität – genau das, was die Schweiz einst stark gemacht hat.

Kurz gesagt.



“ Hauptprobleme sind, Lehrlinge und Fachkräfte mit der gewünschten Qualität und Arbeitseinstellung zu rekrutieren. Sollte es so weitergehen, dann werden wir längerfristig einen starken Mangel an Arbeitskräften zu spüren bekommen.

Tamara Hersperger,
Geschäftsführung
alltech Installationen AG



“ Um den Fachkräftemangel im Baselbiet nachhaltig zu verbessern, müssen wir das volle Potenzial der inländischen Arbeitskräfte ausschöpfen und zugleich auch gezielt qualifizierte Zuwanderung fördern.

Michael Briggen
Geschäftsführer
Ulrich Briggen Gartenservice AG



“ Die schrumpfende Zahl qualifizierter Arbeitskräfte zwingt uns, neue Wege zu gehen. Eine gezielte Zuwanderung und praxisorientierte Bildungsangebote sind entscheidend, um den Fachkräftemangel nachhaltig zu bekämpfen.

Julien Arzner, Geschäftsführung
Procoba Reinach AG



“ Für einen gesunden Arbeitsmarkt im Handwerk sind faire Löhne, zeitgemässe Arbeitsbedingungen und langfristige Perspektiven notwendig. So können wir nicht nur Fachkräfte halten, sondern auch neue Talente für unser Malergeschäft gewinnen.

Tobias Teuber, Leiter Einkauf,
Marketing und Verkauf
Moritz AG Malergeschäft



“ Der Arbeits- und Fachkräftemangel bremst die wirtschaftliche Entwicklung im Baselbiet. Wir müssen die Berufslehrförderung des Kantons stärken und neue Arbeitszeitmodelle einführen, um die Produktivität zu steigern und die soziale Sicherheit zu sichern.

Luc Musy, Geschäftsführung
Fünfschilling AG



“ Unser wirtschaftlicher Erfolg liegt auch in der optimalen Nutzung unserer vorhandenen Arbeitskraftreserven und der verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie – das vergrössert den Arbeitskraftpool und stärkt unsere Wettbewerbsfähigkeit.

Patrick Meyer, Geschäftsführer
HUMMEL & MEYER AG



Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine der grossen Herausforderungen unserer Zeit. Viele Eltern, insbesondere Mütter, möchten nach der Geburt eines Kindes wieder ins Berufsleben einsteigen, stehen jedoch vor hohen Kosten für die Kinderbetreuung. Diese Belastung macht den Wiedereinstieg oftmals unattraktiv. Was fehlt, sind steuerliche Anreize, damit Eltern schneller wieder arbeiten können – was auch dem Arbeitsmarkt zugutekommt.

Initiative 1

Volle steuerliche Anrechnung der Kosten für die Kinderbetreuung

Die Forderung

Die Initiative «Volle steuerliche Anrechnung der Kosten für die Kinderbetreuung» fordert, dass alle nachgewiesenen und selbst getragenen Kosten für die externe Kinderbetreuung vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können, wenn beide Elternteile ein Arbeitspensum von je mindestens 60 Prozent haben. Diese Massnahme soll dazu beitragen, dass Eltern nicht mehr durch hohe Betreuungskosten von einer raschen Rückkehr in den Beruf abgehalten werden. Besonders in Zeiten des Fachkräftemangels ist es entscheidend, dass vorhandene Potenziale auf dem Arbeitsmarkt genutzt werden. Die steuerliche Entlastung macht den Wiedereinstieg finanziell attraktiver und stärkt somit auch die Wirtschaft.

Warum ist das wichtig?

Der Fachkräftemangel ist eine der grössten Herausforderungen für die Schweizer Wirtschaft. Durch diese Initiative wird es für Eltern einfacher, rasch wieder ins Berufsleben zurückzukehren, was die Verfügbarkeit von inländischen Arbeitskräften erhöht. Das Zusatzeinkommen von Eltern darf nicht durch die Kosten für die Kinderbetreuung verschlungen werden. Zudem wird verhindert, dass Familien in benachbarte Kantone wie Basel-Stadt abwandern, die bessere steuerliche Rahmenbedingungen bieten. Dies stärkt die Attraktivität des Kantons Basel-Landschaft als Wohn- und Arbeitsort und sichert langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Unternehmen.

Die Umsetzung

Die Initiative sieht eine Änderung des Steuergesetzes vor, die es Eltern ermöglicht, alle nachgewiesenen Kosten für die externe Kinderbetreuung vollständig von ihrem steuerbaren Einkommen abzuziehen. Der Regierungsrat wird beauftragt, die nötigen Ausführungsbestimmungen zu erarbeiten, damit die neuen Regelungen ab dem Steuerjahr nach der Annahme der Volksabstimmung in Kraft treten können. Dies bedeutet, dass Eltern rasch von den Entlastungen profitieren und ihre berufliche Planung entsprechend anpassen können. Die klare und transparente Umsetzung schafft Rechtssicherheit und bietet den Unternehmen die Chance, auf mehr verfügbare Fachkräfte zählen zu können.

Initiative 2

Mehr arbeiten muss sich lohnen – Erhöhung des steuerlichen Doppelverdienerabzugs



Mit den aktuellen steuerlichen Anreizen erzielen Paare mit reduzierten Arbeitszeiten nur geringfügig weniger Nettoeinkommen als bei voller Erwerbstätigkeit. Im Kanton Basel-Landschaft liegt der steuerliche Abzug für Doppelverdiener im schweizerweiten Vergleich zu tief. Das macht es für viele Paare unattraktiv, ein höheres Arbeitspensum zu wählen, da der zusätzliche Verdienst durch höhere Steuern praktisch verpufft. Mit der Erhöhung des Doppelverdienerabzugs werden die richtigen Anreize geschaffen, um zahlreiche qualifizierte Personen zu höheren Arbeitspensum zu bewegen.

Die Forderung

Die Initiative «Mehr arbeiten muss sich lohnen – Erhöhung des steuerlichen Doppelverdienerabzugs» zielt darauf ab, Paare steuerlich zu entlasten und damit einen Anreiz zu schaffen, ihre Arbeitsleistung zu erhöhen. Sie fordert eine Erhöhung des steuerlichen Doppelverdienerabzugs, wenn das Arbeitspensum beider Partner zusammen 160 Prozent übersteigt. Konkret soll der Abzug auf CHF 8'500 angehoben werden und ab einem gemeinsamen Pensum von über 180 Prozent sogar auf CHF 10'200. Diese Anpassung macht es für Paare attraktiver, mehr zu arbeiten, da sie einen grösseren Teil ihres Einkommens behalten können.

Warum ist das wichtig?

Besonders KMU sind auf ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen, um ihre wirtschaftliche Stärke zu halten. Gleichzeitig wird in bestimmten politischen Kreisen eine Reduktion der Arbeitszeit gefordert, was die Problematik noch verschärfen könnte. Die Initiative setzt hier an und sorgt dafür, dass sich zusätzliche Arbeit auch finanziell lohnt. Eine erhöhte Erwerbsbeteiligung der inländischen Arbeitskräfte ist essenziell, um die demografischen Herausforderungen, wie die Pensionierungswelle der Babyboomer, abzufedern.

Die Umsetzung

Die Initiative sieht eine Änderung des Steuergesetzes vor, die den steuerlichen Doppelverdienerabzug schrittweise erhöht. Der Regierungsrat ist nach Annahme der Initiative dafür verantwortlich, die notwendigen Ausführungsbestimmungen zu erlassen, damit die neue Regelung ab dem darauf folgenden Steuerjahr in Kraft treten kann. Diese Massnahme schafft nicht nur finanzielle Anreize für Paare, sondern sorgt auch dafür, dass mehr Personen zu einem höheren Arbeitspensum motiviert werden.



Viele Unternehmen kämpfen damit, offene Stellen nicht besetzen zu können. Besonders das Baselbiet als Grenzregion mit zahlreichen internationalen Unternehmen ist auf eine erhebliche Anzahl qualifizierter Arbeitskräfte – auch aus Drittstaaten – angewiesen. Probleme in der Rekrutierung bremsen nicht nur das Wachstum der Unternehmen, sondern schwächen auch die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts.

Initiative 3

Fachkräfte aus Drittstaaten: Bedarfsgerechte Zuwanderung ermöglichen

Die Forderung

Die Initiative «Fachkräfte aus Drittstaaten: Bedarfsgerechte Zuwanderung ermöglichen» setzt genau dort an, wo es brennt. Sie fordert, dass sich der Kanton Basel-Landschaft auf Bundesebene dafür einsetzt, den Zugang von qualifizierten Arbeitskräften aus Drittstaaten zu erleichtern. Dies ist insbesondere für Berufsarten mit erheblichem Fachkräftemangel zwingend. Denn eines ist klar: Ohne genügend Fachkräfte kann sich unsere Wirtschaft nicht weiterentwickeln. Und Wachstum ist keine Option, sondern eine Notwendigkeit, wenn wir unseren Wohlstand und unseren sozialen Zusammenhalt sichern wollen.

Warum ist das wichtig?

Während einige Kreise von einer «Post-Wachstumsgesellschaft» träumen und Arbeitszeitverkürzungen fordern, dürfen wir uns diesen Illusionen nicht hingeben. Die demografische Entwicklung – Stichwort Pensionierungswelle der Babyboomer – zeigt, dass wir dringend mehr Arbeitskräfte brauchen. Deshalb ist die gezielte Anwerbung von Fachkräften aus Drittstaaten eine sinnvolle Ergänzung. Es geht nicht darum, Türen unkontrolliert zu öffnen, sondern darum, gezielt dort zu handeln, wo es nötig ist. Gerade in Berufsbereichen mit massivem Fachkräftemangel sollten bürokratische Hürden abgebaut und Anreize geschaffen werden, um talentierte Menschen aus dem Ausland zu gewinnen. Das stärkt nicht nur unsere Unternehmen, sondern auch unsere Gesellschaft.

Die Umsetzung

Die Verfassung des Kantons Basel-Landschaft soll im Hinblick auf den Einsatz gegen Fachkräftemangel angepasst werden. Die Kantonsbehörden setzen sich auf Bundesebene für die Förderung der Zuwanderung ein, die zur Behebung des Fachkräftemangels notwendig ist. Für Berufsarten mit erheblichem Fachkräftemangel ist die eidgenössische Migrationsgesetzgebung so anzupassen, dass die Zulassungsbeschränkungen von Drittstaatsangehörigen für diese Berufsarten abgebaut werden. Dafür müssen in den speziell betroffenen Branchen der Inländervorrang gelockert und die Höchstzahlen für Zulassungen aus Drittstaaten angehoben werden.

Initiative 4

Fachkräftemangel bekämpfen – Förderung von Vollzeitarbeit



Immer weniger Arbeitstätige finanzieren mit ihren Lohnprozenten die Renten und andere Sozialleistungen. Der Trend zur Teilzeitarbeit verschärft das Problem. Es braucht eine aktive Förderung der Vollzeitarbeit, indem das kantonale Steuerrecht entsprechende Anreize setzt und Fehlanreize für Teilzeitarbeit vermeidet.

Die Forderung

Das Ziel der Initiative «Fachkräftemangel bekämpfen – Förderung von Vollzeitarbeit» ist es, mehr Personen zur Vollzeitarbeit zu motivieren. Die Förderung der Vollzeitarbeit bedeutet auch, dem Teilzeittrend entgegenzutreten, und ist ein Gebot der Stunde. Denn mehr Personen, die voll arbeiten, bedeuten nicht nur mehr Fachkräfte im Arbeitsmarkt, sondern auch eine stärkere Wirtschaft und damit mehr Wohlstand. Der entscheidende Hebel ist dabei das Steuerrecht. Heute zahlen zwei Personen mit gleichem Einkommen – die eine gut ausgebildet und mit stark reduziertem Pensum, die andere mit zwei Jobs und Überzeit – gleich viel Steuern. Das ist ungerecht und verschärft das übergeordnete Problem des Fachkräftemangels. Die Initiative fordert daher eine Anpassung des Steuerrechts, die Fehlanreize bei der Teilzeitarbeit minimiert und stattdessen die Vollzeitarbeit durch steuerliche Anreize fördert.

Warum ist das wichtig?

Gerade in einer Zeit, in der die Babyboomer in Rente gehen, brauchen wir jede Hand im Arbeitsmarkt. Wenn weniger gearbeitet wird, sinken nicht nur die Steuereinnahmen, sondern auch die finanzielle Basis für unsere Sozialleistungen. Dies würde auf lange Sicht auch unsere Rentensysteme gefährden, da immer weniger Arbeitende immer mehr Rentner finanzieren müssen. Attraktive steuerliche Bedingungen für Vollzeitarbeit ziehen zudem leistungsorientierte Personen und Unternehmen an, die mit ihrer Arbeitsleistung zu einer hohen Wertschöpfung und damit zu hohen Steuereinnahmen beitragen.

Die Umsetzung

Beim Wettbewerb um die Talente soll der Kanton Basel-Landschaft ein attraktiver Wohn- und Arbeitskanton sein und bleiben. Zu diesem Zweck soll Vollzeitarbeit mit finanziellen und steuerlichen Anreizen ermöglicht und gefördert werden. Der Kanton Basel-Landschaft überarbeitet mit diesem Ziel das Steuerrecht und die Bestimmungen zu den bedarfsabhängigen Sozialleistungen. Die Initiative ist in vier Jahren ab Annahme durch das Stimmvolk umzusetzen.



Unternehmen bekunden grosse Mühe, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden, was das Wachstum hemmt und langfristig den Wohlstand gefährdet. Gleichzeitig wären viele Menschen nicht abgeneigt, freiwillig über das Rentenalter hinaus zu arbeiten. Diese sollen mit den nötigen Anreizen motiviert werden, ihre Arbeitskraft, ihre Erfahrung und ihr Fachwissen ein paar Jahre länger zur Verfügung zu stellen.

Initiative **5**

Arbeiten im Rentenalter soll sich lohnen

Die Forderung

Die Initiative «Arbeiten im Rentenalter soll sich lohnen» zielt darauf ab, das Arbeiten über das Rentenalter hinaus attraktiver zu gestalten. Sie will Anreize schaffen, damit ältere Menschen freiwillig länger arbeiten. Denkbar wären etwa Steuererleichterungen oder der Verzicht auf Sozialabgaben für Arbeitnehmende im Rentenalter. Flexiblere Rentenmodelle könnten ebenfalls dazu beitragen, dass der Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand sanfter gestaltet wird. Ein zusätzlicher Rentenbonus könnte für viele ein Motivationsschub sein, dem Arbeitsmarkt länger erhalten zu bleiben.

Warum ist das wichtig?

Viele ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wären willens, über das Rentenalter hinaus zu arbeiten. Mit ihrem «ordentlichen» Ausstieg aus dem Arbeitsleben bleibt viel potenzielle Arbeitskraft ungenutzt. Dabei verfügen diese Personen über wertvolle Erfahrung und Fachwissen, das dringend gebraucht wird. Doch viele Menschen hören auf zu arbeiten, weil ihnen durch Sozialabgaben und Steuern zu wenig vom zusätzlichen Verdienst übrig bleibt. Mit einer flexibleren und attraktiveren Besteuerung im Rentenalter schaffen wir nicht nur eine Lösung für die Unternehmen, sondern auch mehr Möglichkeiten für ältere Menschen, ihre Erfahrungen und Fähigkeiten weiterhin einzubringen. Dies stärkt den Zusammenhalt der Gesellschaft und sichert den Wohlstand für kommende Generationen.

Die Umsetzung

Der Kanton Basel-Landschaft soll sich mit dieser Standesinitiative auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen so angepasst werden, dass Personen nach Erreichen des Referenzalters möglichst einfach ihre Arbeit fortsetzen können. Die Standesinitiative will die eidgenössische Gesetzgebung so anpassen, dass die über das Rentenalter hinaus fortgesetzte Erwerbstätigkeit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer finanziell attraktiv ist. Davon auszunehmen sind Berufsarten, die aufgrund hoher Arbeitslosigkeit der Stellenmeldepflicht unterliegen.

Einer der grössten Netzwerkanlässe für Wirtschaft und Politik in der Schweiz.

**TAG
DER
WIRTSCHAFT** 2024

Herzlich willkommen
AN DER WIRTSCHAFT



LETZTE CHANCE!



Jetzt Tickets bestellen!

Sichern Sie sich jetzt Ihre kostenlosen Tickets unter www.tag-der-wirtschaft.ch



Hier gibt es die kostenlosen Tickets

21. November | 16.00–20.00 Uhr | St. Jakobshalle

Die Tickets für den Anlass sind kostenlos. Inbegriffen sind der Eintritt zum Tag der Wirtschaft (16.00 bis 18.15 Uhr) sowie ein Apéro im Foyer der St. Jakobshalle (18.15 bis 20.00 Uhr).

Gesamtverantwortung



Eventorganisation



Partner



Die Renaissance der Berufsbildung ist eine Notwendigkeit

Die duale Bildung, der Stolz der Schweizer Bildungslandschaft, verliert im Baselbiet in besorgniserregendem Ausmass an Boden. Immer mehr Jugendliche besuchen weiterführende Schulen oder wählen den akademischen Weg, während Unternehmen händelnd nach Lehrlingen suchen. Es ist an der Zeit, diesem Trend entschieden entgegenzuwirken und die Berufsbildung wieder in den Fokus zu rücken.

Eine immer bedeutungslosere duale Bildung hat weitreichende Konsequenzen. Unternehmen kämpfen mit einem akuten Fachkräftemangel, während gleichzeitig gut ausgebildete Akademiker oft Schwierigkeiten haben, passende Stellen zu finden. Eine wachsende Kluft zwischen den Anforderungen des Arbeitsmarktes und den Qualifikationen der Arbeitssuchenden zeichnet sich ab.

Die Ursachen für diesen Zustand sind vielschichtig: Eine ungleiche Mittelverteilung zugunsten der Universitäten benachteiligt die Berufsbildung. Während Universitäten und, in geringerem Masse, Fachhochschulen grosszügig von kantonalen Mitteln profitieren, bleiben ausbildende Unternehmen, die das Fundament des dualen Systems bilden, oft auf der Strecke. Es scheint, als reicht bei der Universität schon ein metaphorischer Rülps, um zusätzliche Gelder zu mobilisieren. Im Gegensatz dazu heisst es bei Anfragen zur Unterstützung der Berufsbildung allzu oft, der Kanton habe kein Geld. Diese Schiefelage muss dringend korrigiert werden, um der herausragenden Bedeutung der Berufsbildung für Wirtschaft und Gesellschaft gerecht zu werden.

Auch die Wirtschaft selbst ist gefordert, eine aktivere Rolle in der Gestaltung der Berufsbildung einzunehmen. Durch verstärktes Engagement in Schulen, attraktive Lehrstellen und klare Karriereperspektiven können Unternehmen dazu beitragen, das Image der Berufsbildung aufzuwerten.

Ein kantonaler Berufsbildungsfonds könnte zudem gezielte Investitionen in die Zukunft unserer Fachkräfte unterstützen.

Gleichzeitig muss die berufliche Orientierung in den Schulen neu gedacht werden. Statt theoretischer Berufskunde in Klassenzimmern braucht es mehr praxisnahe Einblicke in die Arbeitswelt. Berufsverbände und Ausbildungsstätten sollten stärker in diesen Prozess eingebunden werden, um Jugendlichen ein realistisches und inspirierendes Bild der vielfältigen beruflichen Möglichkeiten zu vermitteln.

Letztlich geht es darum, ein Umdenken in der Gesellschaft anzustossen. Die duale Bildung ist kein Relikt der Vergangenheit, sondern ein zukunftsweisendes Modell, das Theorie und Praxis optimal verbindet. Sie bietet jungen Menschen nicht nur einen grundsoliden Berufseinstieg, sondern hervorragende Perspektiven und Laufbahnmöglichkeiten. Und sie sorgt für eine tiefe Jugendarbeitslosigkeit. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen gemeinsam handeln, um die Fachkräfte von morgen und damit unseren Wohlstand zu sichern.



«Die Lehre als Schlüssel zur Zukunft»

Die Selmoni Gruppe in Münchenstein setzt erfolgreich auf die duale Berufsbildung, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Rainer Keller (CEO) und Denis Wary (COO) sprechen im Interview über die Herausforderungen, ihre Rekrutierungsstrategien und den Wert von handwerklichen Berufen.

Die Selmoni Gruppe braucht für ihre Tätigkeiten in sämtlichen Bereichen der Elektrotechnik gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Solche zu rekrutieren, ist bestimmt eine Herausforderung. Wie gehen Sie damit um?

Keller: Das ist für uns definitiv ein großes Thema. Der Fachkräftemangel ist allgegenwärtig, und wir müssen aktiv etwas tun, um qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen. Es reicht nicht, darauf zu warten, dass Bewerbungen hereinkommen – wir müssen verschiedene Wege beschreiten. Besonders die Berufsausbildung spielt dabei eine entscheidende Rolle. Es ist uns wichtig, Nachwuchskräfte frühzeitig zu gewinnen und ihnen eine Perspektive zu bieten.

Bedeutet das, dass Sie versuchen, möglichst viele Lehrlinge zu gewinnen?

Wary: Absolut. Wir haben ein eigenes Team, das sich um die Rekrutierung von Lehrlingen kümmert. Es beginnt in den Schulen, wo wir aktiv auf junge Menschen zugehen, ihnen Schnupper-

lehren anbieten und versuchen, die besten Talente herauszupicken. Unser HR-Team arbeitet eng mit unserer internen Berufsbildungsabteilung zusammen, um die jungen Leute optimal zu begleiten. Es ist ein kontinuierlicher Prozess, der viel Engagement erfordert, aber er trägt Früchte. In den letzten Jahren konnten wir unsere Lehrstellen weitestgehend besetzen.

«Es beginnt in den Schulen, wo wir aktiv auf junge Menschen zugehen, ihnen Schnupperlehren anbieten und versuchen, die besten Talente herauszupicken.»

Wie hat sich die Qualität der Schulabgänger in den letzten Jahren verändert?

Keller: Da gibt es tatsächlich einen Wandel. Die besten Schüler entscheiden sich immer häufiger für den direkten Weg ins Gymnasium und später für ein Studium. Das ist bedauerlich, denn nicht jeder ist für den rein akademischen Weg gemacht. Handwerkliche Berufe bieten hervorragende Karriereoptionen, was jedoch oft übersehen wird. Es ist wichtig, dass junge Menschen erkennen, dass eine Lehre keine Sackgasse ist, sondern viele Türen öffnen kann.

Spüren Sie den Einfluss von Eltern und Schulen auf die Berufswahl der Jugendlichen?

Wary: Ja, der Druck aus dem Elternhaus ist in vielen Fällen da. Viele Eltern wollen das Beste für ihre Kinder, und das wird häufig mit einem akademischen Werdegang gleichgesetzt. Doch der duale Weg ist ebenso vielversprechend. Schaut man in unsere Führungsetage, so haben drei von vier Personen ihre Karriere über den Berufsweg gemacht. Ich selbst bin ein Beispiel dafür, genauso wie unser CEO und unser Finanzchef.

Wie schaffen Sie es, die Eltern von den Vorteilen der Lehre zu überzeugen?

Keller: Wir nutzen unsere Veranstaltungen wie Berufsbildungsmessen oder die Industrienacht, um mit den Eltern ins Gespräch zu kommen. Es geht darum, aufzuzeigen, dass der handwerkliche Weg genauso wertvoll ist wie der akademische. Die Durchlässigkeit des

Selmoni Gruppe

Die Selmoni Gruppe, mit Hauptsitz in Münchenstein, zählt zu den führenden Schweizer Unternehmen in den Bereichen Elektrotechnik, Automation und ICT-Lösungen. Seit über 90 Jahren bietet das Unternehmen massgeschneiderte und innovative Dienstleistungen für Industrie, Gewerbe und Privatkunden an. Ein besonderer Fokus liegt auf Vorfertigung, Energieeffizienz, Nachhaltigkeit und Digitalisierung. Mit rund 600 Mitarbeitenden setzt Selmoni neue Maßstäbe und begleitet ihre Kunden in die technologische Zukunft.



Die Selmoni Gruppe setzt sich aktiv dafür ein, interne Lehrstellen zu besetzen. Foto: zVg

Bildungssystems in der Schweiz erlaubt es, jederzeit weiterzukommen, sei es durch eine Berufsmatura, ein Studium an der Fachhochschule oder durch andere Weiterbildungen.

Welche Rolle spielen die Schulen bei der Berufswahl?

Keller: Eine grosse. Die Schüler müssen die Möglichkeit haben, verschiedene Berufe kennenzulernen. Praktika sind hier ein wertvolles Instrument. Es ist entscheidend, dass die jungen Leute den Arbeitsalltag in einem Betrieb erleben können, um zu spüren, wo sie sich wohlfühlen. Auch die Schulen haben eine Verantwortung, die Vielfalt der beruflichen Möglichkeiten aufzuzeigen. Für uns ist es wichtig, dass wir offen an Schulen für unsere Berufe werben können, die Breite unserer Berufsmöglichkeiten sichtbar zu machen.

Welche Karrieremöglichkeiten bieten Sie den jungen Menschen nach der Lehre?

Wary: Bei uns haben die Lernenden zahlreiche Möglichkeiten, sich innerhalb des Betriebs weiterzuentwickeln oder sich in einem Bereich zu spezialisieren. So können beispielsweise von der Elektroinstallation über die Schaltanlagenproduktion, die Automation und die Planung bis hin zur Gebäudeinformatik die Talente und Interessen erkundet werden. Wir unterstützen auch kontinuierliche Weiterbildungen. Gera-

de haben wir eine neue Online-Lernplattform eingeführt, die es unseren Mitarbeitern ermöglicht, sich jederzeit fortzubilden.

Sie erwähnten die Bedeutung des dualen Bildungssystems. Was macht es so besonders?

Keller: Der grosse Vorteil des dualen Systems ist die Praxisnähe. Junge Menschen erhalten während ihrer Ausbildung nicht nur theoretisches Wissen, sondern setzen es sofort in die Praxis um. Das schafft eine solide Grundlage, auf der sie später aufbauen können. Zudem sind die Wege nach oben offen – man kann jederzeit weitere Qualifikationen erwerben und sich bis hin zum Master weiterbilden.

«Für uns ist es wichtig, dass wir offen an Schulen für unsere Berufe werben können.»

Wary: Genau, der duale Weg bietet auch finanziell einen Vorteil. Schon während der Lehre verdienen die jungen Leute ihr eigenes Geld, und das steigert sich nach Abschluss der Ausbildung erheblich. Mit einem EFZ in der Tasche haben sie sofort einen guten Grundlohn und können darauf aufbauen. Und was die Praxiserfahrung angeht, haben sie oft einen Vorsprung gegenüber Akademikern. Ein 25-Jähriger, der eine Lehre ge-

macht hat, bringt oft mehr praktisches Wissen mit als jemand, der direkt von der Uni kommt.

Wie sehen Sie die Zukunft der Berufsbildung in der Schweiz?

Keller: Die Attraktivität der handwerklichen Berufe muss gesteigert werden. Es braucht mehr Öffentlichkeitsarbeit, um den Wert der Lehre wieder stärker ins Bewusstsein zu rufen. Eine nationale Kampagne könnte helfen, die Vielfalt und die Möglichkeiten des dualen Systems aufzuzeigen. Denn die handwerklichen Berufe werden immer gebraucht – auch in einer zunehmend digitalisierten Welt.

Wary: Ich denke, es ist auch wichtig, dass wir als Unternehmen unseren Beitrag leisten, indem wir moderne Arbeitsplätze und attraktive Rahmenbedingungen bieten. Nachhaltigkeit spielt dabei eine immer grössere Rolle, sowohl für die Unternehmen als auch für die jungen Leute, die sich verstärkt für umweltbewusste Arbeitgeber interessieren.

Was halten Sie von der Idee eines Berufsbildungsfonds, der von Unternehmen finanziert wird, die keine oder zu wenige Lernende ausbilden?

Keller: Diese Idee unterstützen wir voll und ganz. Ein solcher Fonds könnte helfen, die Ausbildung in der Schweiz weiter zu stärken und Unternehmen zu motivieren, sich stärker in der Berufsbildung zu engagieren. Es ist wichtig, dass der Wert der Lehre nicht unterschätzt wird und die berufliche Bildung auf Augenhöhe mit dem akademischen Weg bleibt.

Abschliessend, was würden Sie jungen Menschen mit auf den Weg geben, die vor der Berufswahl stehen?

Wary: Sie sollten sich nicht von vorgefertigten Meinungen leiten lassen, sondern selbst herausfinden, welcher Weg zu ihnen passt. Die Lehre bietet eine hervorragende Basis, auf der man jederzeit aufbauen kann. Es ist ein Weg, der Sicherheit bietet, aber auch viele Entwicklungsmöglichkeiten.

Kurz gesagt.



“ Die Wertschätzung der handwerklichen Ausbildung muss auf allen Ebenen gestärkt werden – dazu braucht es die nötigen finanziellen Mittel. Eine Lehre bietet eine sichere Stelle und ist die Grundlage für eine berufliche Karriere.

Barbara Jenzer,
Geschäftsleitung
Jenzer Fleisch & Feinkost AG



“ Als internationales Technologie-Unternehmen wissen wir, dass die duale Ausbildung ein Rückgrat unseres Erfolges ist. Deshalb erwarten wir von der Politik, dass die berufliche Bildung wieder stärker gefördert wird.

Jürg Frefel, Group CEO
Stöcklin Logistik AG



“ Die Berufsbildung muss attraktiver werden. Denn der Fachkräftemangel in KMU ist besorgniserregend. Immer weniger Schulabgänger entscheiden sich für eine Lehre, was Auswirkungen auf viele Betriebe hat, welche die ausgeschriebenen Stellen nur schwer besetzen können.

Reto Dellenbach,
Geschäftsführer
GCS Schweiz AG



“ Die Aufwertung der beruflichen Ausbildung ist auch für uns entscheidend und zwingend notwendig, um qualifizierten Nachwuchs zu sichern und die Attraktivität der Berufslehre im Baselbiet zu steigern.

Dieter Zwicky,
Geschäftsführer
Schreinerei Zwicky AG



“ Handwerksberufe im Kanton Basel-Landschaft erfordern Fähigkeiten, die weder automatisiert noch durch KI ersetzt werden können. Eine solide Berufsbildung ist daher unerlässlich, um Qualität und Fachwissen zu sichern.

Tobias Schäfer,
Geschäftsführer
Elektro Huber AG



“ Eine Ausbildung im Handwerk vermittelt spezifisches Wissen und praktische Fähigkeiten, die als Basis für eine erfolgreiche Karriere dienen und hohe Qualität in der Arbeit gewährleisten. Angesichts des Fachkräftemangels sind gut ausgebildete Handwerker stark nachgefragt und profitieren von attraktiven Verdienstmöglichkeiten.

Thomas Keller,
CEO Abt Automobile AG



Die duale Berufsbildung ist das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft und gilt als einer der Erfolgsfaktoren des Landes. Doch die Bedeutung der Berufslehre nimmt schleichend ab. Immer mehr Jugendliche entscheiden sich für einen akademischen Bildungsweg, während Unternehmen Schwierigkeiten haben, Lehrstellen zu besetzen. Der Fachkräftemangel ist bereits heute spürbar und droht die wirtschaftliche Zukunft der Schweiz zu gefährden.

Initiative 6

Duale Ausbildung mit Berufsbildungsfonds stärken

Die Forderung

Die Initiative «Duale Ausbildung mit Berufsbildungsfonds stärken» will mit einem Berufsbildungsfonds Massnahmen finanzieren, um die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zu fördern und Jugendliche für die Berufslehre zu begeistern. Unternehmen, die selbst nicht ausbilden, bezahlen in diesen Fonds ein und beteiligen sich damit solidarisch an der beruflichen Grundbildung. Das geöffnete Geld fliesst in die Unterstützung der Ausbildungsbetriebe sowie in Marketingmassnahmen, um die Berufslehre in den Schulen stärker zu bewerben. Die Berufsbildungskommission, welche den Fonds verwaltet, sorgt dafür, dass die Gelder effizient und zielgerichtet eingesetzt werden. Dabei wird eng mit den Ausbildungsbetrieben und den Schulen zusammengearbeitet.

Warum ist das wichtig?

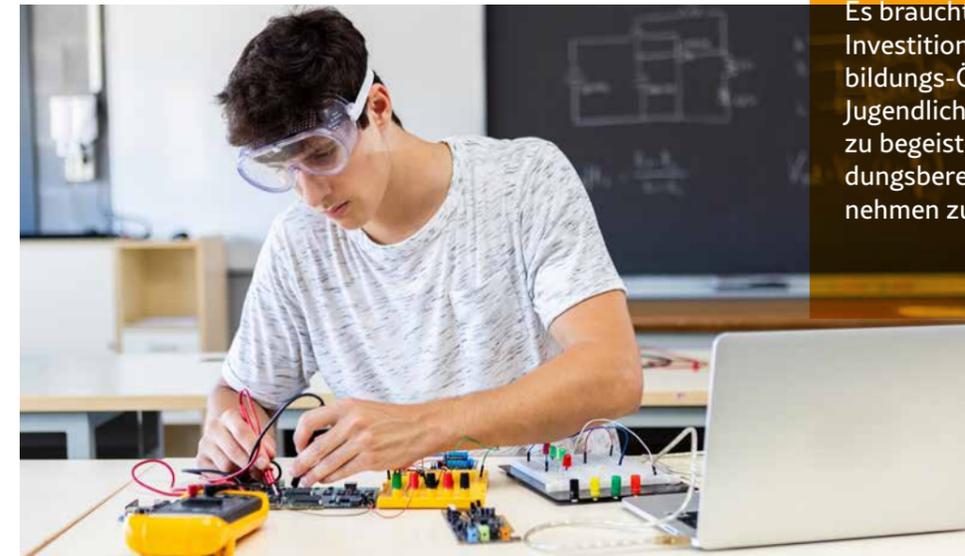
Eine starke Berufsbildung ist entscheidend, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Daher müssen Jugendliche motiviert werden, eine Berufslehre zu absolvieren. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Schnittstelle zwischen Schule und Wirtschaft, um Schnupperlehren und Praktika zu fördern. Denn der direkte Kontakt zur Praxis weckt oft das Interesse an einer Lehre. Andere Kantone wie Luzern und Zürich haben mit ähnlichen Fonds-Modellen bereits positive Erfahrungen gemacht. Die Initiative greift diese bewährten Konzepte auf und passt sie an die Bedürfnisse des Kantons Basel-Landschaft an.

Die Umsetzung

Unternehmen, die keine oder aufgrund ihrer Grösse zu wenige Lernende ausbilden, speisen einen branchenübergreifenden Berufsbildungsfonds. Als Richtgrösse wird erwartet, dass Unternehmen pro 50 Mitarbeitende mindestens einen Lernenden beschäftigen. Dabei sind Kleinbetriebe von den Beiträgen befreit. Eine vom Regierungsrat gewählte Berufsbildungskommission entscheidet über die Verwendung der Mittel. Bei der Mittelverwendung stehen die Erhaltung und Förderung der Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen und das übergeordnete Berufsbildungs-Marketing im Vordergrund.

Initiative 7

Stärkung der beruflichen Orientierung: Praxisnahen Unterricht fördern



Immer mehr Jugendliche schlagen nach der Sekundarschule einen akademischen Weg ein, statt eine Berufslehre zu absolvieren. Dies hat zur Folge, dass der Nachwuchs in vielen wichtigen Berufen ausbleibt. Dies gilt insbesondere für die wichtigen technischen Bereiche. Es braucht dringend gezielte Investitionen in das «Berufsbildungs-Ökosystem», um Jugendliche für die Berufslehre zu begeistern und die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen zu erhalten.

Die Forderung

Die Initiative «Stärkung der beruflichen Orientierung: Praxisnahen Unterricht fördern» fordert, dass die Berufslehre wieder stärker in den Fokus der beruflichen Orientierung im Schulunterricht rückt. Die Schulen sollen den Lerninhalt zur dualen Ausbildung enger mit der Wirtschaft abstimmen. Dabei sollen die attraktiven Karrierechancen mit einem Berufsabschluss speziell hervorgehoben werden. Denn viele Jugendliche wissen gar nicht, wie vielfältig die Chancen in der Berufswelt sind. Ebenfalls ist die Integration von Schnupperlehren und Praktika in den Schulunterricht zu verbessern. Zu oft bleibt die von den Schulen für Schnupperangebote zur Verfügung gestellte Zeit von den Jugendlichen ungenutzt. Es braucht einen einfacheren Zugang zu den diesbezüglichen Angeboten der Unternehmen, beispielsweise durch digitales «Matching».

Warum ist das wichtig?

Die Berufslehre hat in der Schweiz eine lange Tradition und ist ein Erfolgsmodell. Trotzdem wird sie im Kanton Basel-Landschaft im Vergleich mit dem akademischen Weg als weniger attraktiv wahrgenommen. Während in Kantonen wie Aargau oder Solothurn rund 70 Prozent der Jugendlichen nach der Sekundarschule eine Lehre beginnen, sind es im Baselbiet nur 57 Prozent. Diesem Trend will die Initiative entgegenwirken. Besonders wichtig ist dabei ein praxisnaher Unterricht, der den Schülern zeigt, welche Karrierechancen eine Lehre bieten kann. Viele erfolgreiche Unternehmer und Fachkräfte haben ihre Karrieren mit einer Berufslehre gestartet.

Die Umsetzung

Im Bildungsgesetz soll festgehalten werden, dass bei dem Übertritt in die berufliche Grundbildung die Sekundarschulen mit den Organisationen der Wirtschaft eng zusammenarbeiten sollen. Dies gilt auch für die Erarbeitung der Lerninhalte. In Absprache mit diesen Organisationen ist sicherzustellen, dass Teile des Unterrichts zur beruflichen Orientierung einen direkten Einblick ins Wirtschaftsleben erlauben und von Exponenten aus der wirtschaftlichen Praxis bestritten werden. Der Fokus soll dabei auf die Karrierechancen mit einem Berufsbildungsabschluss gerichtet sein. Der Regierungsrat regelt die Entschädigung an Dritte für die Mitarbeit in der beruflichen Orientierung.



Die Wahl des Studienfachs richtet sich verständlicherweise nach den persönlichen Interessen. Den wenigsten Studierenden sind aber die Karriere- und Verdienstmöglichkeiten des gewählten Studienfachs bekannt. Oft werden Studien abgeschlossen, die auf dem Arbeitsmarkt kaum nachgefragt sind. Eine verbesserte Kommunikation zu den Karrierechancen und eine vermehrte Ausrichtung der Universität auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts sollen den Jugendlichen beim Finden eines Studiengangs helfen, der in der Wirtschaft auch tatsächlich nachgefragt ist.



Initiative **8**

Universität Basel besser an die Nachfrage am Arbeitsmarkt ausrichten

Die Forderung

Die Initiative «Universität Basel besser an die Nachfrage am Arbeitsmarkt ausrichten» will sicherstellen, dass die Studiengänge vermehrt auf die Bedürfnisse der Wirtschaft abgestimmt werden. Eine gezieltere Ausbildung an der Universität würde helfen, den Fachkräftemangel zu lindern. Ausserdem soll die Studienberatung Anreize schaffen, dass vermehrt Studiengänge gewählt werden, die im Arbeitsmarkt gefragt sind. Eine Kommission aus Vertretern der Wirtschaft soll beratend zur Seite stehen, um sicherzustellen, dass die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts gehört werden.

Warum ist das wichtig?

Nicht jeder Studiengang bietet die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Viele junge Menschen wählen ihren Studienweg nach persönlichen Interessen, oft ohne einen klaren Überblick über die späteren Berufsaussichten zu haben. Die Initiative will deshalb dafür sorgen, dass die Studienberatung an der Universität auch die Karriere- und Verdienstmöglichkeiten stärker thematisiert. Ein weiteres Problem bei der Wahl des Studienfachs ist, dass sie selten an der Nachfrage im Arbeitsmarkt ausgerichtet ist. Das ist gerade im Hinblick auf den aktuellen Fachkräftemangel gravierend.

Die Umsetzung

Die Vertreter des Kantons Basellandschaft in den Organen, welche die Universität beaufsichtigen oder leiten, sollen darauf hinwirken, dass sich die universitäre Lehre auch an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientiert. Ein Studium soll für eine berufliche Tätigkeit genutzt werden können. Um ein entsprechendes Nachfragemonitoring sicherzustellen, soll eine Konsultativkommission aus Wirtschaftsvertretern der Universität beratend zur Seite stehen. Deren Fokus liegt insbesondere darauf, dass nach Abschluss des Studiums der Einstieg in den Beruf so rasch wie möglich geschieht. Die Kommission wird durch den Regierungsrat gewählt und setzt sich aus einer repräsentativen Vertretung der Wirtschaft zusammen.

Unterstützen Sie eine positive Vision für die Energiezukunft.

Lösen Sie ein Abo für informatives Wissen:

- Erkenntnisgewinn statt Apokalypse
- Mehr Realismus und weniger Ideologie
- Unbeschränkter Zugang zur Energie Liga Website
- Auf dem aktuellsten Stand bleiben
- Arbeit der Energie Liga für eine zukunftsorientierte Energiepolitik unterstützen



Mit guter Information zu Augenmass in der Energiepolitik

<p>BASIC</p> <p>CHF 20</p> <p>jährliche Rechnung</p>	<p>AM BELIEBTESTEN</p> <p>PRO</p> <p>CHF 170</p> <p>jährliche Rechnung</p>	<p>SUPPORTER - BASIC</p> <p>CHF 1'700</p> <p>jährliche Rechnung</p>	<p>SUPPORTER - PRO</p> <p>Auf Anfrage</p> <p>jährliche Rechnung</p>
--	---	---	---



Jetzt das passende Abo buchen unter energieliga.ch/become-a-member



Schlankheitskur für den Staat

Die wachsende Verwaltung entwickelt sich im Baselbiet zu einer übermässigen Belastung für Staatsfinanzen und KMU-Wirtschaft. Mit jeder neuen Regelung und Verwaltungsstelle wächst ein Labyrinth der Komplexität, das nicht nur die öffentlichen Ausgaben in die Höhe treibt, sondern auch die Wirtschaftskraft der KMU zu ersticken droht. Es ist höchste Zeit, die Staatsaufgaben auf den Prüfstand zu stellen und dem Markt an privaten Anbietern mehr Raum zu geben.

Der ausufernde Staatsapparat entpuppt sich als doppelt problematisch: Einerseits belastet er die Steuerzahler, andererseits tritt er in einem ohnehin angespannten Arbeitsmarkt als Konkurrent um qualifizierte Fachkräfte auf. Ein Kernproblem liegt in der Natur von öffentlichen Verwaltungen: Wo mit den Mitteln der Allgemeinheit gewirtschaftet wird, verkümmert allzu oft der Anreiz zur Sparsamkeit. Stattdessen greift das parkinsonsche Gesetz: Arbeit dehnt sich aus, um die verfügbare Zeit zu füllen. Das Resultat: Eine wuchernde Bürokratie, die sich selbst nährt und vermehrt, während der gesunde Menschenverstand auf der Strecke bleibt.

Um dieser Dynamik Einhalt zu gebieten, bedarf es eines rigorosen Umdenkens: Weniger Aufgaben für den Staat, mehr Verantwortung für die Menschen. Statt neue Richtlinien und Stellen zu schaffen, gilt es, die Regulierungswut einzudämmen und staatliche Aufgaben kritisch zu hinterfragen. Die Legislative ist gefordert, einen Schritt zurückzutreten und die ausufernden Staatsaufgaben zu reduzieren.

Unabhängige Expertengremien sollten regelmässig die Leistungserwartungen an den Staat überprüfen und notwendige Anpassungen empfehlen. Dies würde nicht nur für mehr Transparenz sorgen, sondern auch ein Gegengewicht zu den Eigeninteressen der Staatsangestellten in kantonalen Parlamenten bilden. Verschärfte Aus-

standsregeln für Volksvertreter in politischen Ämtern könnten hier zusätzliche Klarheit schaffen.

Ein vielversprechender Ansatz liegt im gezielten Outsourcing: Aufgaben, die nicht zwingend vom Staat erfüllt werden müssen, sollten ausgeschrieben werden. Dies fördert nicht nur den Wettbewerb um Preis und Qualität, sondern erschliesst auch die Innovationspotenziale der Privatwirtschaft. Die Digitalisierung bietet hier enorme Chancen, Prozesse effizienter und kostengünstiger zu gestalten.

Auf dem Arbeitsmarkt muss der Staat faire Spielregeln befolgen. Ein KMU-Lohn-Index als Referenz würde verhindern, dass der öffentliche Sektor durch überzogene Gehälter den KMU die dringend benötigten Fachkräfte abwirbt.

Für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort Baselland ist eine schlanke, entbürokratisierte und moderne Verwaltung unerlässlich. Es braucht den Mut, neue Wege zu beschreiten, und eine Politik, die entschlossen agiert und Veränderungen als Chance begreift. Nur so können wir einen starken, wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraum gestalten, der auch in Zukunft Arbeits- und Lehrstellen, Wertschöpfung und damit Wohlstand für die Baselbieterinnen und Baselbieter schafft.





«Der Staat darf kein Konkurrent der KMU sein»

Thomas Inauen ist CEO der Aquasant in Bubendorf. Gemeinsam mit seinem Bruder Roger hat er die operative Führung inne. Während die Aquasant Messtechnik AG die zentrale Lage und die Verbindung zur chemischen Industrie schätzt, kritisiert er die zunehmende Bürokratie und den wachsenden Einfluss des Staates auf private Unternehmen. Besonders der Fachkräftemangel und die Konkurrenz durch staatliche Institutionen setzen die KMU unter Druck.

Herr Inauen, wie fühlen Sie sich als Unternehmer im Kanton Basel-Landschaft?

Wir sind seit 42 Jahren in Bubendorf ansässig und fühlen uns grundsätzlich wohl. Wir schätzen die zentrale Lage und die Nähe zu unseren Kunden. Wir arbeiten im chemisch-technischen Bereich, und die Region Basel ist dafür ideal. Wir sind eng mit dem Kanton Baselland verbunden. In dieser Umgebung finden wir die passenden Partner und Geschäftsmöglichkeiten. Besonders positiv ist, dass die chemische Industrie in der Region wächst.

Wie beurteilen Sie die aktuelle wirtschaftliche Lage?

Die wirtschaftliche Situation wird herausfordernder. Immer wieder hört man von Entlassungen in der Branche, zum Beispiel jüngst bei Bayer. Solche Nachrichten wirken sich natürlich auch auf

uns aus. Wir müssen uns als Produktionsbetrieb ständig neu orientieren. Wir sind überzeugt, dass unser Standort im Baselbiet nach wie vor die Richtige ist und wir gut aufgestellt sind. Dennoch bleibt die wirtschaftliche Unsicherheit eine Herausforderung.

«Höhere Löhne, attraktivere Sozialleistungen und mehr Homeoffice-Möglichkeiten locken viele Fachkräfte an»

Einer der sechs wichtigen Standortfaktoren ist das Verhältnis zum Staat. Wie erleben Sie den Standortfaktor «Staatswesen» als KMU?

Für uns als kleines Unternehmen ist das Verhältnis zum Staat relativ gut. Wir sind nicht direkt von vielen staatlichen Regulierungen betroffen, aber das ändert nichts daran, dass die zunehmende Bürokratie auf Dauer ein Problem wird. Ein Beispiel ist das Datenschutzgesetz, das uns zusätzliche Arbeit verursacht. Zudem kommt ein erheblicher Teil der Vorschriften aus der EU, und die Schweiz filtert diese oft nicht ausreichend. Das erschwert besonders kleineren Unternehmen das tägliche Geschäft.

Also empfinden Sie die wachsende Bürokratie als Wachstumshemmnis?

Absolut. Bürokratie bedeutet, dass wir uns nicht mehr nur auf unsere Kernkompetenzen konzentrieren können. Stattdessen müssen wir uns um immer mehr

administrative Aufgaben kümmern. Gerade in der aktuellen Wirtschaftslage, in der viele Märkte stagnieren oder sogar schrumpfen, kostet uns das wertvolle Zeit und Ressourcen. Die zunehmenden Regulierungen lenken uns von unserer eigentlichen Arbeit ab.

Wenn Sie einen Tag lang Regierungsrat wären, was würden Sie ändern, um die Situation für KMU zu verbessern?

Die Regierung sollte sich stärker mit den Bedürfnissen der KMU auseinandersetzen, anstatt sich nur auf die Grossunternehmen zu konzentrieren. Natürlich sind grosse Firmen wichtig für den Standort, aber KMU bilden das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft. Es wäre hilfreich, wenn der Staat kleine Unternehmen gezielt fördern würde, anstatt sie mit immer mehr Vorschriften zu belasten.

Der Staat übernimmt zunehmend Aufgaben, die früher von privaten Unternehmen erledigt wurden. Was halten Sie davon?

**Thomas Inauen, CEO
Aquasant Messtechnik AG**

Thomas Inauen ist CEO der Aquasant Messtechnik AG in Bubendorf. Das 1982 gegründete Unternehmen hat sich auf innovative Mess- und Regelgeräte für verschiedene Industrien wie Chemie, Pharma und Biotechnologie spezialisiert. Gemeinsam mit seinem Bruder Roger übernahm Thomas Inauen im Jahr 2017 die operative Führung des Unternehmens von ihrem Vater und Gründer Roland Inauen. Thomas wuchs in die Unternehmensleitung hinein und war viele Jahre im Unternehmen tätig, bevor er die Leitung übernahm. Thomas ist Vater von zwei Kindern.



Die Mess- und Regelgeräte der Aquasant Messtechnik AG werden unter anderem erfolgreich in der Pharma, in Biotechnologie und Lebensmittelindustrie eingesetzt. Foto: Adobe Stock

Es ist in der Tat so, dass der Staat sich in Bereiche ausdehnt, die besser von privaten Unternehmen abgedeckt werden könnten. Natürlich gibt es Kernbereiche, die beim Staat bleiben sollten, wie die Energieversorgung, der Verkehr oder das Bildungssystem. Aber es ist wichtig, dass der Staat sich auf diese Kernaufgaben beschränkt und nicht in die Bereiche der Privatwirtschaft vordringt. Das schafft nur unnötige Konkurrenz, vor allem für kleinere Unternehmen.

«Der Staat bietet oft bessere Arbeitsbedingungen als die Privatwirtschaft. Er sollte kein Konkurrent der Privatwirtschaft sein.»

Unterstützen Sie die Forderung, dass mehr Aufgaben, die in anderen Kantonen von Privaten erledigt werden, auch in Basel-Landschaft ausgeschrieben werden sollten?
Auf jeden Fall. Der Staat sollte sich auf seine Kernkompetenzen konzentrieren und alles andere privaten Unternehmen überlassen. Private Anbieter arbeiten in der Regel effizienter und kostengünstiger. Das sollte der Standard sein, auch im Kanton Basel-Landschaft.

Wie beeinflusst der Staat den Wettbewerb, zum Beispiel durch Löhne oder Arbeitsbedingungen?
Hier sehe ich ein grosses Problem. Der Staat kann, entgegen den KMU's, oft die besseren Arbeitsbedingungen bieten. Höhere Löhne, attraktivere Sozialleistungen und mehr Homeoffice-Möglichkeiten locken viele Fachkräfte an. Für KMU wird es dadurch immer schwieriger, gutes Personal zu finden, da wir nicht mit diesen Bedingungen mithalten können. Der Staat sollte kein Konkurrent der Privatwirtschaft sein, sondern die gleichen Spielregeln einhalten.

Wie wirkt sich das konkret auf Ihr Unternehmen aus?
Wir haben es noch nicht direkt erlebt, dass uns der Staat Fachkräfte abwirbt, aber generell ist der Fachkräftemangel für uns ein grosses Problem. Die Konkurrenz um qualifizierte Mitarbeiter wird immer härter, und wir können als KMU oft nicht mit den Löhnen und Bedingungen grösserer Firmen oder des Staates mithalten. Das treibt die Löhne in die Höhe, was für uns als kleines Unternehmen schwierig ist.

Ein Ansatz wäre, dass der Staat sich an die Lohnstrukturen der KMU anpasst. Was halten Sie davon?
Das wäre eine sinnvolle Massnahme. Wenn es schon Vorschriften gibt, dass

ausländische Arbeitskräfte zu Schweizer Löhnen angestellt werden müssen, dann sollte es auch für den Staat eine Art Richtschnur geben. Er sollte sich an den Marktbedingungen der KMU orientieren und nicht einfach höhere Löhne zahlen, die kleinere Unternehmen nicht leisten können.

Wie handhaben Sie Themen wie Homeoffice und Teilzeitarbeit in Ihrem Unternehmen?
Wir sind offen für Homeoffice, aber es hängt von der Art der Tätigkeit ab. Viele unserer Mitarbeiter müssen vor Ort sein, etwa in der Administration oder in der Produktion. Dennoch bieten wir individuelle Lösungen an. Im Vertrieb beispielsweise sind zwei Tage Homeoffice möglich. Bei der Entwicklung, wo viel am Computer gearbeitet wird, ist Homeoffice ebenfalls eine Option. Allerdings sind wir ein kleines Unternehmen mit kurzen Kommunikationswegen, und da ist es oft einfacher, sich direkt vor Ort auszutauschen.

Stichwort Fachkräftemangel: Wäre es nicht noch schwieriger, wenn der Staat die besten Fachkräfte anzieht?
Absolut. Der Fachkräftemangel ist schon jetzt ein grosses Problem für uns. Wenn der Staat dann noch bessere Bedingungen bietet und uns die Fachkräfte wegnimmt, verschärft das die Situation nur noch mehr. Wir können keine astronomischen Gehälter zahlen, und wenn der Staat da in Konkurrenz tritt, wird es für KMU sehr schwer.

Wie sieht die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Basel-Landschaft aus? Was müsste sich ändern, damit es für KMUs besser wird?
Ein schlanker, effizienter Staat wäre ideal. Weniger Bürokratie und mehr Unterstützung für KMU würden den Standort Baselland stärken. Das würde nicht nur den Unternehmen helfen, sondern auch den Einwohnern, da ein effizienter Staat letztlich Kosten spart und die Steuern niedrig hält. Ein schlanker Staat würde dazu beitragen, dass KMU wieder mehr Raum zum Wachsen und Entwickeln hätten.

Kurz gesagt.



“ Um innovative Verpackungslösungen umzusetzen, braucht es weniger staatliche Eingriffe. Weniger Bürokratie und Regulierungen schaffen Raum für Wachstum und Eigenverantwortung – der Staat muss sich auf das Wesentliche konzentrieren.

Stefan Degen,
CEO allpack group ag



“ Ein digitalisierter und schlanker Staatsapparat ist entscheidend, um bürokratische Hürden abzubauen, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und gleichzeitig die Privatwirtschaft sowie Innovationen im Baselpfad zu fördern.

Stefan Vegh,
Managing Director / CEO
Rauscher & Stoecklin AG



“ Die heutige Verwaltung trifft kaum noch Entscheidungen und scheut sich vor verbindlichen Angaben – es herrscht eine Angstkultur. Wir brauchen Behörden, die uns als Unternehmen unterstützen, anstatt uns mit Bürokratie zu lähmen.

Christian Hamann,
Geschäftsführer
Rofra Holding AG



“ Der Staat darf für KMU nicht zum grössten Konkurrenten werden, wenn es um die Anstellung von Fachkräften geht. Wir fordern deshalb gleich lange Spiesse für Verwaltung und Wirtschaft.

Eric Jecker, ehem.
Geschäftsführer
PEMA Truck- und
Trailvermietung GmbH



“ Der Staat muss sich wieder auf hoheitliche Aufgaben konzentrieren und sich aus dem direkten Wettbewerb mit der Wirtschaft heraushalten, um faire Bedingungen für KMU zu sichern.

Duro Ognjenovic,
Geschäftsleitung
Standard AG



“ Fetttes Fleisch macht fette Brühe. Wenn die Brühe nicht klar bleibt, dann befinden wir uns im Behördendschungel und müssen wieder für Klarheit sorgen. Regelmässiger Austausch zwischen Verwaltung und KMU bringt eine gute Suppe auf den Tisch.

Alexander Isenburg,
Geschäftsführer habö AG



Die KMU-Wirtschaft bekundet vermehrt Mühe, auf dem Arbeitsmarkt die nötigen Fachkräfte zu finden. Mit ein Grund ist die Konkurrenz durch die öffentliche Verwaltung. Viele KMU können mit den Löhnen und Anstellungsbedingungen des Staats nicht mithalten. Das führt zunehmend zu Frust und Ärger. Es muss dringend ein fairer Wettbewerb um Fachkräfte hergestellt werden.

Initiative 9

Fairer Arbeitsmarkt: KMU-Arbeitsbedingungen als Richtschnur für die öffentliche Verwaltung

Die Forderung

Die Initiative «Fairer Arbeitsmarkt: KMU-Arbeitsbedingungen als Richtschnur für die öffentliche Verwaltung» will eine faire Ausmarchung zwischen der öffentlichen Verwaltung und den KMU auf dem Arbeitsmarkt. Dafür sollen die Anstellungsbedingungen in der öffentlichen Verwaltung stärker an denjenigen der KMU ausgerichtet werden. Dies betrifft Löhne, Ferienregelungen und Arbeitszeiten. Der Staat soll nicht mit Steuergeldern für überhöhte Gehälter und Vergünstigungen sorgen, um so den privaten Unternehmen gut qualifizierte Arbeitskräfte abzuwerben.

Warum ist das wichtig?

Die wachsende Dominanz des Staates beeinträchtigt die KMU in vielerlei Hinsicht. Ständig neue Regulierungen führen zu einer Aufblähung der Verwaltung und schaffen zusätzliche staatliche Stellen, die wiederum in Form von neuer Bürokratie bei den KMU ankommen und wertvolle Zeit fürs Kerngeschäft wegfressen. Bei der Besetzung der vielen neuen Stellen lockt die öffentliche Hand mit attraktiven, über die Steuerzahlungen der KMU finanzierten Arbeitsbedingungen und zieht damit Fachkräfte aus der Wirtschaft ab, die dringend gebraucht werden. Diese Art der staatlichen Lohnkonkurrenz gilt es zu unterbinden.

Die Umsetzung

In der kantonalen Verfassung soll der Grundsatz festgehalten werden, dass sich die Anstellungsbedingungen der nach dem kantonalen Personalgesetz angestellten Personen an den Anstellungsbedingungen orientieren, die bei kleinen und mittleren Unternehmen gelten. Der Landrat soll die diesbezüglichen Richtwerte, die aus den vom Bundesamt für Statistik erhobenen Arbeitskosten abgeleitet werden können, innert zwei Jahren zur Anwendung bringen. Anschliessend soll der Regierungsrat alle vier Jahre aufzeigen, wie dieser politische Auftrag umgesetzt wird.

Initiative 10

Staatsaufgaben: Weniger ist mehr

Der staatliche Fussabdruck wird laufend grösser. Die Folgen sind zunehmende Ineffizienz und wachsende Bürokratie. Je mehr neue Aufgaben sich der Staat aneignet, desto tiefer greift er in den privaten Gestaltungsspielraum und die unternehmerische Freiheit ein. Das belastet nicht nur die öffentlichen Finanzen, sondern auch unsere KMU. Eine Aufgabenüberprüfung und ein damit verbundener Abbau sollen einen Staat herbeiführen, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert.



Die Forderung

Die Initiative «Staatsaufgaben: Weniger ist mehr» fordert, dass das staatliche Handeln subsidiär bleiben soll und der Staat sich auf seine wesentlichen Aufgaben beschränkt. Wo es sinnvoll und möglich ist, sollten öffentliche Aufgaben im Kanton Basel-Landschaft an private Anbieter übergeben werden. Aufgaben, die in anderen Kantonen bereits erfolgreich von privaten Dienstleistern übernommen wurden, sollen auch im Baselbiet an nicht-staatliche Akteure ausgelagert werden. Unabhängige Fachleute sollen prüfen, welche Aufgaben im Baselbiet effizienter und kostengünstiger von Privaten übernommen werden können.

Warum ist das wichtig?

Die Übernahme immer neuer Aufgaben durch den Staat geht letztlich auch zu Lasten der KMU. Die Politik hat in den letzten Jahren zu oft den Staat als Erbringer neuer Aufgaben bestimmt, die auch von Privaten erledigt werden könnten. Dabei gingen marktwirtschaftliche Grundsätze oft vergessen. Alle diese staatlichen Stellen potenzieren sich. Es gilt die Faustregel: In dem Masse, in dem der Staat einspringt, dirigiert er eben auch die Wirtschaft. Aus dieser Negativspirale sollten wir möglichst rasch herausfinden. Die Möglichkeit der Auslagerung von Aufgaben an private Betriebe muss konsequent genutzt werden.

Die Umsetzung

Die Erfüllung öffentlicher Aufgaben soll an dezentrale Verwaltungsträger übertragen werden, wenn diese Aufgaben ausserhalb der kantonalen Verwaltung wirksamer und wirtschaftlicher erbracht werden können. Der Regierungsrat soll diese Möglichkeit konsequent nutzen, sofern die Aufgabenübertragung möglich und diese Aufgaben von Privaten effizienter und kostengünstiger bewältigt werden können. Eine diesbezügliche Überprüfung der öffentlichen Aufgaben des Kantons soll durch unabhängige Experten erfolgen, die nicht der Verwaltung angehören. Der Expertenbericht ist öffentlich zugänglich zu machen.



Immer mehr Regulierungen und ein Überborden der Staatsaufgaben führen zu neuen Verwaltungseinheiten. Diese erschweren den Unternehmen das Leben mit administrativen Anforderungen, die Zeit und Geld kosten. Das Wachsen der Baselbieter Verwaltung hat ihre Ursache oft auch in Bestimmungen des Bundes. Der Kanton soll deshalb in Bern vorstellig werden, um die kantonalen Grundsätze der Auslagerung von Aufgaben an Private auch in der Bundesverwaltung durchzusetzen.

Initiative 11

Wirksame und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung durch Private

Die Forderung

Die Initiative «Wirksame und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung durch Private» will das Subsidiaritätsprinzip staatlichen Handelns in der Verfassung fest verankern. Der Kanton soll danach streben, öffentliche Aufgaben an private Akteure zu übertragen, sofern diese nachweislich effizienter und kostengünstiger arbeiten. Zur Sicherstellung dieser Effizienz und Wirtschaftlichkeit werden unabhängige Experten beauftragt, die Aufgabenverteilung zu überprüfen. Darüber hinaus soll sich der Kanton beim Bund dafür einsetzen, dass auch das eidgenössische Recht dahingehend angepasst wird, dass Aufgaben an private Akteure delegiert werden, sofern diese sie effektiver erfüllen. Auch auf Bundesebene sollen unabhängige Experten entsprechende Prüfungen vornehmen. Der Kanton Basel-Landschaft soll diese Grundsätze durch eine Standesinitiative auf Bundesebene einfordern.

Warum ist das wichtig?

Der Staat soll sich auf das Wesentliche konzentrieren, statt immer weiter zu wachsen und so nicht nur die Staatsfinanzen, sondern auch die KMU zu belasten. In anderen Kantonen funktioniert das bereits erfolgreich, warum also nicht auch im Baselbiet? Ein schlankerer Staat bedeutet einfachere Strukturen und damit auch eine Entlastung der KMU im Kontakt mit den Behörden. Weniger Bürokratie heisst nicht weniger Service. Vielmehr geht es darum, die Effizienz zu steigern und die Staatsaufgaben auf das Nötigste zu reduzieren. Ein schlanker Staat kann genauso gut – wenn nicht sogar besser – funktionieren.

Die Umsetzung

Mittels einer Standesinitiative soll das eidgenössische Recht so angepasst werden, dass auch auf Bundesebene die Aufgabenerfüllung an Private übertragen wird, wenn diese die Aufgabe wirksamer und wirtschaftlicher erfüllen. Die Aufgaben des Bundes sollen dementsprechend durch von der Verwaltung unabhängige Experten überprüft werden. Die Regierung des Kantons Basel-Landschaft hat innerhalb eines Jahres die notwendigen Bestimmungen zur Ausführung der Aufgabenüberprüfung zu erlassen.



SCHREIBST DU NOCH



ODER PODCASTEST DU SCHON?

DU HAST DIE #STIMME, WIR HABEN DEN #PLAN.

iwf.ch/communications





Bürokratie erstickt KMU – Ein Weckruf an die Politik

Die Bürokratie-Realität der kleinen und mittleren Unternehmen im Baselbiet ist alarmierend. Anstatt sich auf ihre Kernkompetenzen zu konzentrieren, verbringen Unternehmer einen zu grossen Teil ihrer Zeit damit, Formulare auszufüllen und behördliche Auflagen zu erfüllen. Dieser wachsende bürokratische Dschungel lähmt die Unternehmen in ihrer Entwicklung.

Die Bürokratie im Baselbiet erstickt die Innovationskraft der KMU. Statt Wertschöpfung zu generieren, verschwenden Unternehmer wertvolle Zeit mit Papierkram und behördlichen Auflagen. Diese Entwicklung gefährdet ihre Wettbewerbsfähigkeit.

Trotz verschiedener Initiativen zum Bürokratieabbau wie dem One-Stop-Shop und dem KMU-Forum, die von der Wirtschaftskammer Baselland ins Leben gerufen wurden, nimmt der bürokratische Aufwand zu. Denn diese Instrumente, die eigentlich Erleichterung bringen sollten, fristen ein Schattendasein. Ihnen fehlt die nötige Unterstützung von Regierung und Verwaltung.

Insbesondere das KMU-Forum, das als Wächter gegen überbordende Regulierungen fungieren sollte, ist durch Ressourcenmangel gelähmt. Es ist dringend erforderlich, dass das Forum die nötige finanzielle und personelle Ausstattung erhält, um unabhängig und gründlich arbeiten zu können. Und es bedarf einer grösseren politischen Einflussnahme.

Ein weiterer Brennpunkt ist die schleppende Digitalisierung der Verwaltung. In Zeiten fortschreitender Technologie müssen Unternehmer immer noch Berge von Papier bewältigen. Eine moderne, digitale Verwaltung würde nicht nur Zeit und Kosten sparen, sondern auch die Transparenz erhöhen und Prozesse beschleunigen.

Eine umfassende Überprüfung bestehender Gesetze auf mögliche bürokratische Entlastungen ist dringend nötig. Viele Regelungen sind veraltet und behindern Innovation und Fortschritt. Ihre Abschaffung würde nicht nur den KMU helfen, sondern das Baselbiet als Wirtschaftsstandort attraktiver machen.

Ein florierender KMU-Sektor bedeutet Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und Wohlstand für die gesamte Region. Diese Unternehmen dürfen nicht länger durch unnötige Bürokratie ausgebremst werden. Die Wirtschaftskammer fordert deshalb klare und zielgerichtete Massnahmen: Die bessere Ausstattung des KMU-Forums, eine sorgfältige Überprüfung von neuen und bestehenden Regulierungen sowie die umfassende Digitalisierung der Verwaltungsprozesse.

Es ist an der Zeit, den administrativen Ballast zu reduzieren und den KMU den Rücken freizuhalten. Eine wirtschaftsfreundliche Politik, die Innovationen fördert statt behindert, ist unerlässlich. Nur so kann das Baselbiet ein attraktiver Wirtschaftsstandort sein.

Die Stimme jedes Bürgers zählt in diesem Prozess. Ein gemeinsames Eintreten für weniger Bürokratie und mehr unternehmerische Freiheit kann den Wandel bewirken, den die regionale Wirtschaft so dringend braucht.



«Bürokratie macht Bauen komplizierter und teuer»

Oscar Elias, CEO der Stamm Bau AG, spricht im Interview über die Herausforderungen in der Schweizer Bauwirtschaft, den lähmenden Einfluss der Bürokratie und warum die Digitalisierung ein Schlüssel zur Problemlösung ist.

Die Stamm Bau AG ist ein traditionsreiches Unternehmen. Ursprünglich in Basel, jetzt in Basel-Land. Was führte zu diesem Standortwechsel?

Wir sind in diesem Jahr 180 Jahre alt geworden. Unsere Anfänge liegen in Basel am Münsterberg, aber wir haben uns schon vor längerer Zeit nach Binningen verlagert. Seit 2013 sind wir nun in Arlesheim. Dieser Standort ist für uns ideal, da er uns die Nähe zu unseren Kunden ermöglicht – sei es in Basel, im Baselbiet, im Fricktal oder in Solothurn. Das ist ein entscheidender Vorteil. Mit unseren 400 Mitarbeitenden und 120 Nutzfahrzeugen sind wir jederzeit in der Lage, flexibel auf die Bedürfnisse unserer Kundinnen und Kunden zu reagieren.

Neben der Standortwahl und der Nähe zur Kundschaft: Welche aktuellen Herausforderungen beschäftigen Sie am meisten?

Die grösste Herausforderung im Moment ist sicherlich der Zustand des Schweizer Wohnraums. In der Schweiz gibt es rund 1,5 Millionen sanierungsbedürftige Immobilien, die beispielsweise über keine adäquate Dämmung (Kälte-/Wärmeschutz) verfügen. Das führt zu einem erheblichen Nachholbedarf, was

Renovierungen angeht. Auch muss neu gebaut werden, wenn wir der wachsenden Bevölkerung der Schweiz genügend Wohnraum zur Verfügung stellen wollen. Wir als Stamm sind perfekt aufgestellt, um diesen Markt zu bedienen. Aber leider werden wir durch politische und bürokratische Hürden immer mehr ausgebremst. Es ist frustrierend, dass wir bereit wären, das Wohnungsproblem in der Schweiz mitzulösen, aber nicht können, weil wir durch Regulierungen behindert werden.

«Der Verwaltungsaufwand wird immer höher, die Anforderungen immer detaillierter, aber oft ohne praktischen Nutzen.»

Wo liegen die grössten Schwierigkeiten im Bereich der Bau- und Immobilienbranche in der Schweiz?

Die Bürokratie ist unser grösstes Problem. Der Verwaltungsaufwand wird immer höher, die Anforderungen immer detaillierter, aber oft ohne praktischen Nutzen. Das betrifft insbesondere den Baubewilligungsprozess. Die Zahl der Auflagen und Vorschriften nimmt stetig zu, was die Bearbeitungszeiten massiv verlängert. Besonders frustrierend ist dabei, dass verschiedene Behörden oft unterschiedliche und sogar widersprüchliche Vorgaben machen. Das erhöht nicht nur den Aufwand, sondern sorgt auch für Unsicherheit bei den Bauherren und Investoren.

Wie erleben Ihre Kunden diese zunehmende Bürokratisierung?

Unsere Kunden sind genauso betroffen wie wir. Viele klagen über die langen Genehmigungsverfahren und die steigenden Kosten. Es gibt immer mehr Detailregelungen, die aber oft niemand wirklich prüft oder versteht. Es kommt nicht selten vor, dass man mit einer Behörde eine Lösung findet, nur um von einer anderen Behörde eine völlig gegensätzliche Anweisung zu erhalten.

Wie könnte die Bau- und Immobilienbranche von einer effizienteren Verwaltung profitieren?

Der grösste Hebel liegt meines Erachtens bei der Digitalisierung. Wir sehen das in Ländern wie Estland, wo der gesamte Verwaltungsprozess weitgehend digitalisiert ist. Genehmigungsverfahren laufen dort schnell und effizient, weil sie online abgewickelt werden können. Das reduziert den zeitlichen und finanziellen Aufwand für Unter-

**Oscar Elias, CEO
Stamm Bau AG**

Oscar Elias ist seit April 2020 CEO der Stamm Bau AG. Mit über 20 Jahren Erfahrung in leitenden Positionen steuert Elias das Unternehmen zielgerichtet und mit einem Fokus auf Innovation und nachhaltiges Bauen. Die Stamm Bau AG, gegliedert in fünf Sparten und mit rund 400 Mitarbeitenden, legt grossen Wert auf Kundenorientierung und Qualität. Elias bringt dabei seine umfassende Expertise in Digitalisierung und Prozessoptimierung ein, um die Weiterentwicklung des Unternehmens zu fördern.



Digitalisierung als Investition in die Zukunft

Foto: zVg

nehmen, Bürger und die Verwaltung selbst. Auch die Schweiz könnte davon profitieren, etwa durch ein «Easy-Baugesuch»-System, ähnlich wie es bei den Steuern mit «Easy Tax» funktioniert. Dies würde den Prozess beschleunigen und gleichzeitig Transparenz schaffen.

Welche Rolle spielt die Digitalisierung bei der Stamm Bau AG?

«Wir investieren laufend in moderne Technologien, um unsere Abläufe zu optimieren.»

Digitalisierung ist für uns ein zentrales Thema. Wir investieren laufend in moderne Technologien, um unsere Abläufe zu optimieren. Doch solange die Verwaltung nicht mitzieht, stossen wir an Grenzen. Besonders im Baubewilligungsprozess wäre eine stärkere Digitalisierung ein enormer Vorteil. Die Zeit, die wir für administrative Aufgaben aufwenden müssen, könnte deutlich verkürzt werden.

Viele Unternehmen und Branchenvertreter fordern seit Jahren den Abbau der Bürokratie. Warum gibt es in der Schweiz kaum Fortschritte in dieser Hinsicht?

Es gibt viele gute Ansätze, aber die Umsetzung bleibt aus. Stattdessen wächst

die Bürokratie kontinuierlich. Das Problem liegt in den überkomplexen Prozessen, in unklaren Zuständigkeiten und einer fehlenden Bereitschaft, pragmatische Lösungen zu finden. Es fehlt oft der Wille, Prozesse zu vereinfachen, sei es bei Baubewilligungen oder anderen Genehmigungen. Vieles könnte beschleunigt werden, wenn der Fokus mehr auf Ermöglichung als auf Regulierung gelegt würde.

Welche Ansätze könnten Ihrer Meinung nach konkret zur Entlastung der Unternehmen führen?

Ein Lösungsansatz, den ich sehr sinnvoll finde, ist das «One-In-One-Out»-Prinzip. Für jede neue Regulierung müsste eine alte abgeschafft werden. Länder wie Grossbritannien, Australien oder Kanada haben das bereits erfolgreich eingeführt.

Neben der Bürokratie sprechen Sie auch oft von der Konkurrenzsituation zwischen der Privatwirtschaft und der öffentlichen Verwaltung. Können Sie das näher erläutern?

Wir sehen eine starke Konkurrenz zwischen Privatwirtschaft und Verwaltung, vor allem durch hohe Löhne im öffentlichen Sektor. Zudem wird der Verwaltungsapparat immer grösser und komplexer, was uns im täglichen Betrieb stark belastet. Gerade bei Baubewilligungen spüren wir den «Kantönlicheist» – jedes Amt hat andere Regeln.

«Wenn der Planungsprozess immer aufwendiger wird und die Baukosten steigen, steigen zwangsläufig auch die Immobilienpreise.»

Das führt zu ineffizienten und langen Entscheidungsprozessen, die vor allem KMU hart treffen. Hinzu kommt, dass in der Verwaltung oft die falschen Personen in den jeweiligen Funktionen sitzen.

Was würde passieren, wenn die Bürokratie in der Schweiz weiter zunimmt?

Das Bauen wird teurer und komplizierter, das sehen wir schon jetzt. Was dabei oft vergessen wird, ist, dass diese Entwicklung nicht nur die Bauunternehmen betrifft, sondern auch die Endverbraucher, also die Mieterinnen und Mieter sowie Käuferinnen und Käufer von Immobilien. Wenn der Planungsprozess immer aufwendiger wird und die Baukosten steigen, steigen zwangsläufig auch die Immobilienpreise. Gleichzeitig führt die Unsicherheit im Genehmigungsprozess dazu, dass zurückhaltender oder gar nicht mehr investiert wird. Kapital fliesst dann nicht mehr in Immobilien, sondern in andere Anlageklassen oder Investoren weichen in andere Länder aus.

Wenn Sie die Gelegenheit hätten, zwei Dinge im System zu verändern, was wäre das?

Mein erster Wunsch wäre eine umfassende Digitalisierung der Verwaltungsprozesse, insbesondere im Baubereich. Das würde viele der aktuellen Probleme auf einen Schlag lösen. Zweitens wünsche ich mir eine gezielte Deregulierung. Es muss nicht jede kleinste Ausnahme geregelt werden. Wichtig wäre, dass man pragmatisch und lösungsorientiert an die Prozesse herangeht. Wenn man diese beiden Punkte umsetzen könnte, wäre das ein grosser Schritt in die richtige Richtung.

Kurz gesagt.



«Um künftig weiterhin wettbewerbsfähig zu sein, benötigt es einen massiven Bürokratieabbau mit vergleichbaren Rahmenbedingungen wie in anderen Ländern oder in einem funktionierenden KMU.»

Thomas Kestenholz,
CEO Kestenholz Group



«Als internationales Unternehmen schätzen wir die Standortvorteile der Schweiz. Mit der wachsenden Bürokratie sehen wir diese gefährdet. Effiziente Prozesse und schlanke Regelwerke sind für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit entscheidend.»

Claudine Gertiser-Herzog,
Co-CEO Oris SA



«Regelmässige Statistikerhebungen, Anträge und Formulare sind bürokratische Hürden, die oft kompliziert und unnötig sind. Die Prozesse könnten einfacher und effizienter sein, doch es fehlt oft an Willen und Verständnis gegenüber KMU.»

Markus Oberholzer,
Geschäftsführer
Domino Möbel AG



«Die permanent steigenden bürokratischen Prozesse erhöhen nicht nur unsere Kosten, sondern schränken auch unsere Handlungs- und Innovationsfähigkeit ein. Ein entschlossener Bürokratieabbau würde der gesamten Gesundheitsbranche helfen, unsere Ressourcen da einzusetzen, wo sie hingehören, beim Patienten.»

Marcel Plattner,
CEO Gebro Pharma AG



«Effektiver Bürokratieabbau erfordert nicht nur klare Regelungen, sondern auch die aktive Beteiligung der KMU, um eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung im Baselbiet zu gewährleisten.»

John Berner,
Geschäftsführer Agrano AG



«Für uns sind effiziente und transparente Verwaltungsprozesse entscheidend, um neuen Lebensraum zügig und kostenbewusst zu entwickeln. Ein schlankes Regelsystem erleichtert die Umsetzung unserer Quartierpläne und stärkt den Wirtschaftsstandort.»

Jan Tanner,
Geschäftsführer Bredella AG



Kleine und mittlere Unternehmen kämpfen seit Jahren gegen eine wachsende Bürokratie, die ihnen Nerven, Zeit und Geld raubt. Und es ist keine Besserung in Sicht: Jahr für Jahr steigen die Regulierungsflut und die Vorschriften. Sie lösen immer komplexere, langwierige Verwaltungsprozesse aus. Es ist an der Zeit, die Bürokratiebekämpfung mit der nötigen Ernsthaftigkeit anzugehen.

Initiative 12

Ernst machen mit der Bürokratie-Entlastung der KMU

Die Forderung

Die Initiative «Ernst machen mit der Bürokratie-Entlastung der KMU» will das Problem der ausufernden staatlichen Administration anpacken und für echte Entlastung bei der Bürokratie sorgen. Sie fordert, dass die für Bürokratiefragen zuständige regierungsrätliche Konsultativkommission KMU-Forum gestärkt und das KMU-Entlastungsgesetz konsequent angewendet wird. Das KMU-Forum existiert schon seit den 2000er-Jahren, doch die Regierung behandelt dieses Fachgremium stiefmütterlich. Weder erhält das Forum die nötigen Ressourcen, um seine Arbeit gewissenhaft ausführen zu können, noch hat es das gesetzliche Gewicht, um wirklich etwas zu bewegen. Das muss sich ändern!

Warum ist das wichtig?

Die Initiative will den KMU den Rücken freihalten von übermässiger Bürokratie. Wenn die administrative Belastung weiter wächst, verlieren die Unternehmen nicht nur an Innovationskraft, sondern auch an Produktivität, was letztlich Arbeitsplätze kostet. Es ist höchste Zeit, dass wir handeln und dafür sorgen, dass unsere Unternehmen sich auf das konzentrieren können, was sie am besten können: erfolgreich geschäften, Arbeitsplätze schaffen und für Wohlstand sorgen. Bürokratieabbau ist kein «Nice to have», sondern eine Notwendigkeit. Die KMU brauchen mehr Freiraum und Flexibilität. Das gelingt mit weniger Regeln – dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Die Umsetzung

Der Regierungsrat hat mit dem KMU-Forum eine Konsultativkommission, die ihm als beratendes Organ schon heute für Fragen rund um den Abbau der administrativen Belastungen für KMU zur Seite steht. Der bisher zahnlose Tiger soll an Durchsetzungskraft gewinnen. Führt eine politische Vorlage zu unverhältnismässigen Kosten oder Bürokratie, kann die Konsultativkommission diese dem Erfordernis einer 2/3-Mehrheit der Stimmen im Landrat unterstellen. Zudem soll der Regierungsrat dafür sorgen, dass das KMU-Forum seine Aufgaben wirksam erfüllen kann, und die dafür notwendigen Mittel bereitstellen. Im Sinne der Transparenz und des Monitorings zur Aufgabenerfüllung soll der Regierungsrat jährlich über die getroffenen Massnahmen zur Bürokratiebekämpfung Bericht erstatten.

EIN KOSTENLOSES ABO LOHNT SICH!



BL Business ist der Wirtschaftsguide für die Region Basel-Landschaft. Sie bekommen einen einmaligen Überblick über die 100 grössten produzierenden Firmen des Baselsbiets. Das Magazin erscheint zweimal jährlich in deutscher und englischer Sprache. Wollen auch Sie regelmässig spannende Firmenporträts Made in Baseland, exklusive Business Reports und viel mehr Lesenswertes in ihrem Briefkasten? Schicken Sie uns eine E-Mail mit Ihren Kontaktdaten (Post- und E-Mail-Adresse) an abo@kmu.org und erhalten Sie das BL Business zweimal jährlich kostenlos.

Seit über 130 Jahren sind die Schweizerische Gewerbezeitung SGZ und der Standpunkt die Stimmen der KMU-Wirtschaft.

Der Standpunkt der Wirtschaft berichtet pointiert über das politische und wirtschaftliche Geschehen in unserer Region und in unserem Land. Die Zeitung hat eine Auflage von rund 35 000 Exemplaren. Wollen auch Sie aus erster Hand informiert sein? Schicken Sie uns eine E-Mail mit Ihren Kontaktdaten (Post- und E-Mail-Adresse) an abo@kmu.org und erhalten Sie den Standpunkt kostenlos 19 Mal pro Jahr.





«Ohne optimale Mobilität verliert der Standort an Attraktivität»

Thomas Huber, CEO der SKAN AG, über die Bedeutung von Mobilität und Erschliessung am Standort Allschwil. Er erklärt, warum der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur entscheidend für die Standortattraktivität ist und welche Herausforderungen die zunehmende Regulierung mit sich bringt.

Die SKAN ist im Bachgraben angesiedelt. Wurde dieser Ort explizit als Standort ausgesucht?

Nicht direkt. Wir haben verschiedene Optionen geprüft, als klar war, dass wir am alten Standort im Ziegelei-Areal in Allschwil nicht weiter wachsen konnten. SKAN wurde vor rund 60 Jahren in Basel gegründet, nahe der Grenze zu Allschwil, und im Jahr 1988 sind wir dann nach Allschwil umgezogen. Als 2021 der Platz knapp wurde, wollten wir möglichst in der Region bleiben, um die Belegschaft zu halten. Unser Know-how steckt in den Köpfen unserer Mitarbeitenden – wir sind keine klassische Produktionsfirma, sondern bieten daneben auch sehr viel Engineering und Entwicklungsdienstleistungen an. Daher war es für uns entscheidend, dass wir einen Standort finden, der den Arbeitsweg nicht verlängert. Viele unserer Mitarbeitenden kommen aus Deutschland und Frankreich, und eine längere Pendelzeit hätte das Risiko erhöht, dass wir wertvolle Fachkräfte verlieren.

Das bedeutet, dass sich die Firma hier im Baselbiet wohlfühlt?

Absolut. Die Nähe zur Pharmaindustrie ist ein grosser Vorteil, da viele unserer Kunden in diesem Umfeld tätig sind. Das Bachgrabengebiet hat sich zudem schneller als erwartet zu einem attraktiven Cluster entwickelt. Auch die Lage im Dreiländereck mit Anbindung an Deutschland und Frankreich spielt eine wichtige Rolle. Diese Faktoren helfen uns, qualifizierte Fachkräfte zu finden – trotz eines intensiven Wettbewerbs um Talente, gerade mit den grossen Pharmaunternehmen.

«Rund die Hälfte unserer Mitarbeitenden kommt mit dem Auto, insbesondere die Grenzgänger aus Frankreich, da es für sie kaum adäquate öffentliche Verkehrsverbindungen gibt.»

Welche Rolle spielt Mobilität für Ihre Firma?

Mobilität ist für uns ein Schlüsselfaktor. Rund die Hälfte unserer Mitarbeitenden kommt mit dem Auto, insbesondere die Grenzgänger aus Frankreich, da es für sie kaum adäquate öffentliche Verkehrsverbindungen gibt. Wenn die Mobilität eingeschränkt wird, wird das schnell zum Problem. Viele Mitarbeitende sind auf das Auto angewiesen und hätten keine Alternativen. Gleichzeitig gibt es aber auch Mitarbeitende, die wie ich mit dem Fahrrad kommen,

wenn es das Wetter zulässt. Insgesamt zeigt sich: Eine flexible Erreichbarkeit ist essenziell, um den Standort attraktiv zu halten.

Wie beeinflusst der Verkehrsstau im Bachgraben die Arbeit?

Der Stau ist eine Herausforderung, und die Situation verschärft sich kontinuierlich. Als wir hierhergezogen sind, war die Verkehrssituation noch einigermaßen handhabbar. Aber jedes Jahr entstehen hunderte neue Arbeitsplätze in der Gegend, und die bestehenden Verkehrswege kommen an ihre Grenzen. Besonders ärgerlich ist es, dass es kaum Fortschritte beim geplanten Zubringer Bachgraben-Allschwil gibt. Wenn man morgens oder abends zur Rushhour unterwegs ist, steht man oft minutenlang im Stau an den Kreiseln, weil die Infrastruktur nicht mit dem Wachstum mithält.

**Thomas Huber,
CEO SKAN AG**

Thomas Huber ist seit Juli 2017 CEO der SKAN AG in Allschwil, einem global führenden Unternehmen im Bereich steriler Isolatortechnologien. Der gebürtige Schweizer bringt umfassende Erfahrung in der pharmazeutischen Industrie mit und treibt Innovationen sowie die Expansion des Unternehmens voran. Unter seiner Leitung hat SKAN den Boom bei injizierbaren Medikamenten genutzt und profitiert auch vom Wachstumsmarkt für GLP-1-Therapien. Huber gilt als visionärer Manager, der nicht nur auf technologische Spitzenleistung setzt, sondern auch die strategische Zusammenarbeit mit internationalen Partnern fördert.



Das Hauptquartier von SKAN in Allschwil

Foto: zVg

Wäre der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur also entscheidend für Sie?

Absolut. Wir müssen realistisch sein: Auch wenn das Auto in der öffentlichen Debatte oft negativ gesehen wird, bleibt es für viele unserer Mitarbeitenden unverzichtbar. Elektroautos bieten zumindest eine nachhaltigere Alternative, und wir haben bereits Ladestationen am Standort installiert. Die Idee, dass alle Mitarbeitenden auf den öffentlichen Verkehr umsteigen könnten, ist in unserer Situation jedoch unrealistisch. Das betrifft vor allem die Grenzgänger, die keine Wohnung in Allschwil beziehen möchten.

Es gibt Vorschläge, Grenzgänger in Sammelbussen zu transportieren. Wäre das eine Option?

Für uns ist das keine praktikable Lösung. Mehr als 50 Prozent unserer Belegschaft sind Ingenieure, die flexible Büroarbeitszeiten haben und nicht im Schichtbetrieb arbeiten. Es ist schwierig, den Arbeitsweg dieser Mitarbeitenden in starre Busfahrpläne zu pressen. Am Ende des Tages wird sich ein Ingenieur vermutlich für den Arbeitgeber entscheiden, bei dem er individuell zur Arbeit kommen kann – und nicht den Sammelbus nehmen muss.

Sie haben vorgeschlagen, auf der französischen Seite nahe der Grenze Parkmöglichkeiten zu schaffen.

Uns ging es darum, pragmatische Lösungen zu finden. Die französische Grenze ist nur 50 Meter entfernt, und dort gibt es Flächen, die als Parkplätze genutzt werden könnten. Die Idee war, dass Grenzgänger dort parken und die letzten Meter zu Fuss oder mit einem E-Scooter zurücklegen. So könnten wir den Verkehr in den Kreiseln entlasten. Leider wurde der Vorschlag von der Regierung abgelehnt, was ich sehr bedauerlich finde. Wenn wir keine funktionierenden Lösungen finden, leidet die Standortattraktivität.

«Wir wachsen heute bereits schneller im Ausland als am Standort Allschwil. Wenn wir in der Schweiz die Fachkräfte nicht mehr finden oder der Standort unattraktiv wird, stellen wir die Leute eben in Deutschland, Belgien oder den USA ein.»

Ihre Idee wurde nicht umgesetzt. Wo würden Sie als Politiker den Hebel ansetzen?

Die Politik hat keine leichte Aufgabe. Aber was für mich klar ist: Wer A sagt, muss auch B sagen. Wenn das Bachgrabenareal zum attraktiven Standort mit bis zu 8'000 Arbeitsplätzen entwickelt wird, dann kann man nicht einfach sagen, es müssen alle mit dem Velo kommen.

Wie sehen Sie die Zukunft, wenn sich die Infrastruktur nicht verbessert?

Ohne Verbesserungen wird sich das Wachstum automatisch dorthin verlagern, wo die Rahmenbedingungen besser sind. Wir wachsen heute bereits schneller im Ausland als am Standort Allschwil. Wenn wir in der Schweiz die Fachkräfte nicht mehr finden oder der Standort unattraktiv wird, stellen wir die Leute eben in Deutschland, Belgien oder den USA ein. Das bedeutet nicht, dass wir den Standort Allschwil schliessen, aber unser Wachstum wird anderswo stattfinden.

Viele Unternehmen kritisieren die zunehmende Regulierung. Wie stehen Sie dazu?

Es ist ein zweischneidiges Schwert. Einerseits ist Regulierung wichtig, um Missbrauch zu verhindern. Andererseits führen immer neue Gesetze und administrative Aufwände dazu, dass Unternehmen belastet werden. Das betrifft nicht nur die Schweiz, sondern auch Europa im Allgemeinen. Wir investieren heute viel Zeit und Geld in die Erfüllung von Vorschriften, die aus meiner Sicht kaum Wertschöpfung bringen.

Gibt es etwas, was Sie der Politik mit auf den Weg geben möchten?

Ich denke, wir haben in der Schweiz ein Wohlstandsproblem. Uns geht es so gut, dass wir oft vergessen, woher dieser Wohlstand kommt und was nötig ist, um ihn zu erhalten. Wenn wir die Standortattraktivität nicht ernst nehmen und die Rahmenbedingungen verschlechtern, werden wir die Konsequenzen nicht sofort, sondern in 10 oder 20 Jahren spüren. Der Standortwettbewerb ist gross, und Unternehmen werden dorthin gehen, wo die Bedingungen stimmen – ob das nun in der Schweiz ist oder anderswo. Wir müssen handeln, um attraktiv zu bleiben.

Kurz gesagt.



“ Staus auf Hauptverkehrsachsen, besonders um Städte, sind alltäglich geworden. Dadurch wird es zunehmend schwieriger, Waren pünktlich zu liefern, was unsere Effizienz mindert. Zudem steigen Kraftstoffverbrauch und Fahrzeugverschleiss.

Fabian Felix, Geschäftsführung Felix Transport AG



“ Unsere Mitarbeitenden sind täglich unterwegs und erleben die Herausforderungen des dichten Verkehrs hautnah. Eine für das tägliche Verkehrsaufkommen bedarfsgerechte Strasseninfrastruktur und damit verbunden eine pünktliche Versorgung für unsere Pronto Shops und Tankstellen mit Treibstoff und frischen Lebensmitteln ist für uns und unsere Kunden wichtig.

Roger Oser, Vorsitzender Geschäftsleitung Coop Mineraloel AG



“ Unsere Mitarbeitenden sind täglich von der Verkehrsbelastung betroffen. Wir benötigen politische Massnahmen, um die Mobilität zu verbessern, den Standort zu stärken und wettbewerbsfähig zu bleiben.

Erich Ermel, CEO Willy A. Bachofen AG



“ Eine effiziente und gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur ist entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit des Baselbiets und der KMU. Der sofortige Ausbau der Mobilität stärkt sowohl die Wirtschaft als auch die Lebensqualität.

Marc Waser, Geschäftsführer Waser AG



“ Eine reibungslose Mobilität ist für KMU im Kanton Basel-Landschaft unverzichtbar. Staus kosten Zeit, Geld und gefährden die Zuverlässigkeit, die für unseren Geschäftserfolg entscheidend ist.

Andreas Marquis, CEO / Inhaber Marquis AG Kanalservice



“ Als regional verwurzeltes KMU, das viele Mobilitätsdienstleistungen anbietet, wissen wir, wie wichtig eine reibungslose Verkehrsinfrastruktur ist. Der Ausbau dieser Infrastruktur ist dringend erforderlich, damit alle schnell, sicher und nicht mit unnötigem Stau von A nach B kommen.

Christoph Keigel, Inhaber und Verwaltungsratspräsident Garage Keigel AG



Seit jeher prosperiert die Wirtschaft entlang funktionierender Mobilitätsachsen. Im Raum Basel ist die Mobilität leider schon lange eingeschränkt. Besonders das Strassennetz stösst täglich an seine Grenzen. Pendler, Lieferdienste und Geschäftsleute sitzen im Stau, weil Strassen und öffentliche Verkehrsmittel schlichtweg überlastet sind. Das ist nicht nur ärgerlich, sondern verursacht auch hohe volkswirtschaftliche Schäden. Gerade KMU-Betriebe haben oft keine Möglichkeit, die Kosten für die Stauzeiten weiterzuerrechnen.

Initiative 13

Zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur: Realisierung der Umfahrung Süd

Die Forderung

Um den aktuellen Missstand im Verkehrsnetz zu beheben, fordert die Initiative «Zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur: Realisierung der Umfahrung Süd» eine neue Verkehrsachse, die die Wirtschaftsräume Arlesheim/Reinach und Liestal optimal verbindet. Diese tangentielle Achse sichert den Verkehrsfluss, verbessert die verkehrliche Entlastung der Wohngebiete und die Erreichbarkeit der Arbeitsgebiete. Die geplante Umfahrung Süd soll als Tunnel verlaufen, südlich der Autobahnen A2 und A3. Sie soll an die geplante Umfahrung Allschwil angebunden werden und auch für den öffentlichen Verkehr genutzt werden können.

Warum ist das wichtig?

Unsere Verkehrsinfrastruktur stammt grösstenteils aus den 1970er-Jahren und wurde seither kaum ausgebaut – trotz enormen Bevölkerungswachstums. Besonders im Raum Basel liegt der Ausbau des Verkehrsnetzes im Vergleich zu anderen Regionen weit zurück. Auch der öffentliche Verkehr soll davon profitieren, indem die Tunnellösung entsprechend konzipiert wird, dass sie auch den öV nutzt. Aktuell verlaufen die regionalen Verkehrsachsen alle radial – also direkt auf die Stadt Basel zu. Wenn dort eine Verkehrsüberlastung herrscht oder ein Unfall passiert, kollabiert der gesamte regionale Verkehr. Die Umfahrung Süd soll für eine Netzstruktur sorgen, die das Verkehrssystem insgesamt resilienter macht.

Die Umsetzung

Die Planung, die Projektierung und der Bau der Umfahrung müssen unverzüglich unter Berücksichtigung der raumplanerischen Anforderungen der Agglomeration Basel angegangen werden. Der neue Umfahrungstunnel soll so konzipiert werden, dass er auch für den öffentlichen Verkehr nutzbar ist. Der Kanton stellt die Finanzierung der Gesamtkosten durch Investitionskredite sicher. Er kann sich um Bundesbeiträge oder die Kostenübernahme durch den Bund bemühen. Der Bau soll schnellstmöglich behördlich vorangetrieben werden, damit die Umfahrung bald Realität wird. Über die Fortschritte erstattet der Regierungsrat dem Landrat mindestens halbjährlich Bericht.

Initiative 14

Leistungsfähige Umsteigehubs: Verbindung von öV und Individualverkehr



Die Verkehrssituation im Raum Basel ist prekär. Täglich verstopfte Strassen, überfüllte Züge und Busse – das ist für viele Pendler und Unternehmen längst trauriger Alltag geworden. Es braucht dringend Verbesserungen an der Mobilitätsstruktur. Dazu beitragen sollen leistungsstarke Umsteigehubs, die den Übergang vom ländlichen Strassenverkehr zum urbanen Langsamverkehr erleichtern.

Die Forderung

Die Initiative «Leistungsfähige Umsteigehubs: Verbindung von öV und Individualverkehr» fordert den Kanton auf, dringend in den Ausbau von sogenannten Umsteigehubs zu investieren. Diese Hubs sollen an den Übergängen zwischen ländlichen und städtischen Gebieten entstehen und die Verbindung von öffentlichem Verkehr und Individualverkehr verbessern. Das Ziel ist klar: Die Verkehrsmittel sollen optimal aufeinander abgestimmt und kombiniert werden können. So soll nicht nur der Verkehrsfluss im urbanen Raum verbessert, sondern auch die Zentren der umliegenden Dörfer entlastet werden. Die Umsteigehubs sollen die notwendige Dimension haben, um eine leistungsfähige Kombination der Verkehrsmittel zu ermöglichen.

Warum ist das wichtig?

Eine funktionierende Mobilität ist einer der wichtigsten Standortfaktoren für die Region Basel und die gesamte Schweiz. Dabei hat der Ausbau der Infrastruktur so zu erfolgen, dass die Stärken aller Transportmöglichkeiten sinnvoll und optimal miteinander verbunden werden. Doch der Raum Basel leidet besonders an einer ungenügend ausgebauten Verkehrsinfrastruktur. Ohne einen spürbaren Ausbau droht der Wirtschaftsstandort den Anschluss zu verlieren. Die Initiative «Leistungsfähige Umsteigehubs» bietet eine konkrete, zukunftsorientierte Lösung, die nicht nur die Wirtschaft, sondern auch alle entlastet wird, die auf Mobilität angewiesen sind.

Die Umsetzung

Der Landrat wird beauftragt, eine Vorlage zur besseren Verbindung von öffentlichem Verkehr und Individualverkehr auszuarbeiten. Danach soll der Kanton unverzüglich an Orten des Übergangs vom ländlichen zum urbanen Raum Umsteigehubs zwischen öffentlichem Verkehr und dem motorisierten Individualverkehr planen, projektieren und bauen, welche eine leistungsfähige Kombination der Verkehrsmittel ermöglichen. Dies ist dringend notwendig, um den Verkehrsfluss zu verbessern und die Dörfer vom Verkehr zu entlasten. Der Kanton soll diese Planung schnellstmöglich an die Hand nehmen und beförderlich vorantreiben.



Die funktionierende Mobilität ist auch das Rückgrat für das wirtschaftlich aufstrebende Bachgrabengebiet in Allschwil. Ohne funktionierende Verkehrsinfrastruktur wird die dortige Entwicklung jäh gebremst, weil die Mitarbeitenden nicht an den Arbeitsplatz kommen. Der Grossraum Basel kämpft seit Jahren mit einer überlasteten Verkehrssituation. Der lange Stillstand des Infrastrukturausbaus in Allschwil steht sinnbildlich dafür. Der Kanton soll mit einer raschen Realisierung den Befreiungsschlag starten.

Initiative **15**

Zubringer Bachgraben-Allschwil: Unverzögliche Realisierung

Die Forderung

Die Initiative «Zubringer Bachgraben-Allschwil: Unverzögliche Realisierung» fordert den sofortigen Bau des Zubringers Bachgraben-Allschwil. Dieses Tunnelprojekt soll den Weg frei machen für eine bessere Erreichbarkeit des Wirtschafts- und Wohnstandorts Allschwil. Bereits 2015 wurde die Umfahrung Allschwil vom Stimmvolk gutgeheissen, doch bis heute wartet das Projekt auf seine Umsetzung. Die Initiative will nun den nötigen Druck auf die Politik ausüben, damit endlich gehandelt wird. Die Finanzierung soll ohne Wenn und Aber gesichert werden, unabhängig von einer möglichen Beteiligung des Bundes.

Warum ist das wichtig?

Überlastete Strassen und ein öV-Netz, das ebenfalls an seine Grenzen stösst, bremsen nicht nur den Warenverkehr, sondern auch die Menschen, die täglich zur Arbeit pendeln müssen. Der Zubringer Bachgraben-Allschwil ist mehr als nur eine Verkehrsverbindung – er ist ein Symbol für die dringend benötigte Modernisierung der gesamten Infrastruktur. Die Initiative zielt darauf ab, ein ausgewogenes Verkehrssystem zu schaffen. Die Unternehmen im Gebiet Bachgraben/Allschwil sind dringend auf die Realisierung des Zubringers angewiesen.

Die Umsetzung

Projektierung, Landerwerb und Bauarbeiten für den Zubringer Bachgraben-Allschwil als ersten Teil der Umfahrung Allschwil sind unverzüglich an die Hand zu nehmen. Dabei ist die Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt und Frankreich sowie dem Bund jederzeit sicherzustellen. Bei der Anwendung von weiteren Gesetzen, die im Zusammenhang mit dem Bau und der Planung des Zubringers zu beachten sind, ist dessen Realisierung – soweit rechtlich möglich – zu priorisieren. Der Kanton stellt die Finanzierung der Gesamtkosten unabhängig einer möglichen Beteiligung durch den Bund sicher. Der Regierungsrat erstattet dem Landrat über die eingeleiteten Schritte und über den Sachstand halbjährlich Bericht.



Im Podcast «Off The Record» spricht Michael Köhn mit illustren Gästen über Themen aus Politik, KMU-Wirtschaft, Bildung und Gesellschaft.

Jetzt Reinhören:



Auf Spotify



Apple Podcasts



YouTube



Günstige Energie – Lebensader unserer Wirtschaft

Die Energiewende ist in aller Munde, doch in der Debatte um Nachhaltigkeit und Klimaschutz wird oft ein entscheidender Faktor übersehen: die Wirtschaftlichkeit. Viele produzierende Unternehmen im Baselbiet richten einen dringenden Appell an unsere Entscheidungsträger: Wir brauchen eine Energiepolitik, die Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und vor allem Wirtschaftlichkeit in Einklang bringt.

In den vergangenen Jahren hat die einseitige Fokussierung auf eine ausschliesslich erneuerbare Energieversorgung zu einem dramatischen Preisanstieg geführt. Diese Entwicklung gefährdet nicht nur unsere Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch Arbeitsplätze und Wohlstand in unserer Region. Wir stehen zudem vor der Herausforderung, dass sich die Stromnachfrage in naher Zukunft verdoppeln wird. Elektrifizierung, Digitalisierung und Automatisierung setzen eine zuverlässige und bezahlbare Stromversorgung voraus.

Nötig ist dafür ein technologieoffener Ansatz, der alle Optionen auf den Tisch legt. Neben Sonne und Wind müssen wir auch moderne Technologien wie Wasserstoff, synthetische Gase und nötigenfalls die neueste Generation von Kernkraftwerken in Betracht ziehen. Dabei muss der Fokus auf langfristiger Effizienz und Kosteneffizienz liegen. Kleinproduktionen und ungeeignete Standorte treiben die Kosten unnötig in die Höhe. Stattdessen sollten wir auf effiziente Grossanlagen setzen, die von Skaleneffekten profitieren. Nur wenn wir alle Optionen ergebnisoffen prüfen, können wir eine wirklich zukunftsfähige und wirtschaftlich tragbare Energiestrategie entwickeln.

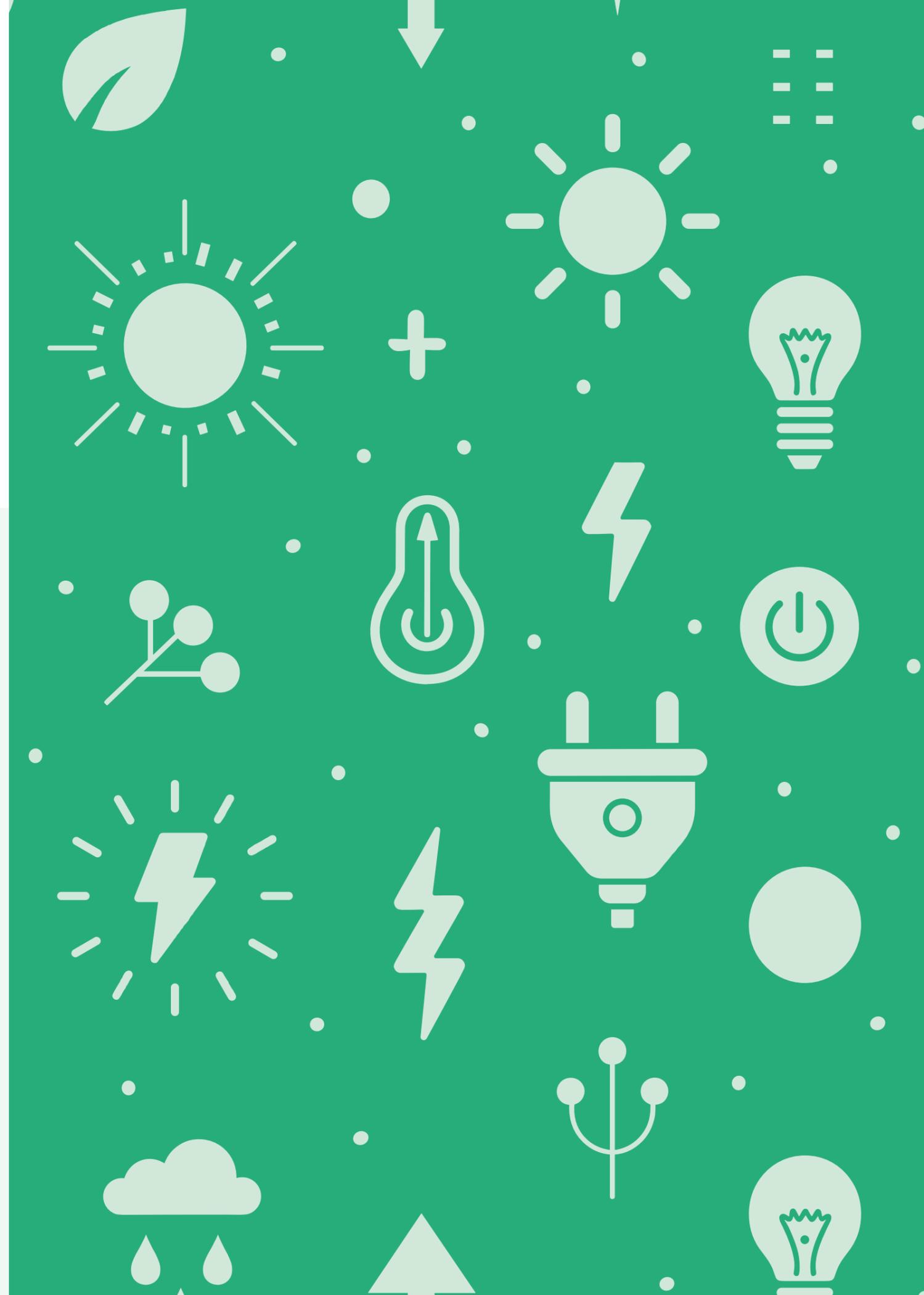
Es ist an der Zeit, dass wir über den Tellerrand hinausschauen. Die jahrzehntelangen ideologischen Debatten haben uns in eine Sackgasse geführt. Der Ausbau der erneuerbaren Energieproduktion kommt den gemachten Ankündigungen

und Versprechen in keiner Weise nach. Wir brauchen weiteren technologischen Fortschritt und deshalb ein Anreizsystem, das Innovation fördert und private Investitionen anlockt. Zwangsmassnahmen und Verbote sind kontraproduktiv und erzeugen nur Widerstand.

Gleichzeitig dürfen wir die Klimaanpassung nicht vernachlässigen. Ein kantonaler Klimaanpassungsplan ist unerlässlich, um den extremen Wetterbedingungen der Zukunft zu begegnen. Dies umfasst Wasserkonzepte, klimastabile Bepflanzungen und Überlegungen zur Kühlung von Gebäuden.

Unser oberstes Ziel muss sein, dass CO₂-freie Energie günstiger wird als fossile Alternativen. Nur so wird eine nachhaltige und wirtschaftlich tragfähige Energiezukunft realistisch. Es ist an der Zeit, dass unsere Politiker diesen Realitäten ins Auge sehen und eine ausgewogene Energiepolitik verfolgen.

Die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts hängt davon ab, dass wir jetzt die richtigen Weichen stellen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Energie nicht zum Luxusgut wird, sondern die treibende Kraft für Innovation und Wohlstand in unserer Region bleibt.





«Wir brauchen genügend und bezahlbare Energie.»

Damaris Buchenhorner (39) ist Verwaltungsratspräsidentin und Leiterin Marketing der Mineralquelle Eptingen AG. Sie spricht über die Herausforderungen im hart umkämpften Getränkemarkt, steigende Energiekosten und warum Nachhaltigkeit nicht immer günstiger ist.

Frau Buchenhorner, Ihr Unternehmen ist seit über 125 Jahren im Baselbiet verwurzelt. Wie wichtig ist die Region für Sie?

Sehr wichtig. Unsere Quelle liegt hier und die Region bietet eine hervorragende Infrastruktur. Die Nähe zur Autobahn und die gute Verkehrsanbindung sind für uns als Produktionsunternehmen entscheidend. Unsere Verwurzelung zeigt sich auch in der langen Tradition – wir füllen unser Mineralwasser direkt an der Quelle ab. Das macht unser Produkt authentisch.

Wie sieht es mit dem Wettbewerb auf dem Getränkemarkt aus?

Der Markt ist hart umkämpft, insbesondere im Mineralwassersegment. Fast 50 Prozent des in der Schweiz konsumierten Wassers kommt aus dem Ausland. Das finde ich schade, denn wir haben hier in der Schweiz exzellente Qualität. Der Wettbewerb wird zudem durch grosse internationale Marken erschwert.

Warum entscheiden sich Konsumenten trotzdem oft für ausländisches Wasser?

Viele schauen einfach nicht genau hin, woher das Wasser kommt. Zudem spielen starke Marken von Multinationals eine Rolle sowie besonders günstige Mineralwässer aus dem Ausland. Aber es gibt auch einen Trend zu gesunden und nachhaltigen Getränken. Da profitieren wir als Schweizer Anbieter, da unser Wasser frei von Schadstoffen ist und einen hohen Mineralstoffgehalt aufweist.

«Der Verwaltungsaufwand wird immer höher, die Anforderungen immer detaillierter, aber oft ohne praktischen Nutzen.»

Wie reagieren Sie auf den Gesundheitstrend im Getränkemarkt?

Wir haben diesen Trend frühzeitig erkannt und bieten neben Mineralwasser auch zuckerfreie und neue Alternativen an. Zum Beispiel haben wir unser bekanntes Produkt Pepita neu reformuliert und den Zuckergehalt um 40 Prozent reduziert, ohne den Geschmack zu beeinträchtigen.

Wie wichtig ist das Thema Energie für Ihre Produktion?

Energie ist für uns unverzichtbar. Ohne ausreichend und bezahlbare Energie können wir nicht produzieren. Unsere Maschinen benötigen Strom, daher müssen wir ständig darauf achten, dass wir genug davon haben, idealerweise auch aus nachhaltigen Quellen.

Haben Sie Massnahmen ergriffen, um nachhaltiger zu produzieren?

Ja, wir haben diverse Initiativen gestartet. Zum Beispiel setzen wir auf 100 Prozent Recycling-PET an unserem Standort in Lostorf und gewinnen Wärme aus den Produktionsprozessen zurück, um damit unsere Räume zu beheizen. Zudem fahren wir auf den Strassen mit CO₂-neutralem Biodiesel. Nachhaltigkeit ist uns sehr wichtig, aber sie hat auch ihren Preis. Leider ist aktuell Recycling-PET teurer als neues PET, was zeigt, dass Nachhaltigkeit nicht immer günstiger ist.

Damaris Buchenhorner, Verwaltungsratspräsidentin Mineralquelle Eptingen AG

Damaris Buchenhorner, geboren 1985 in Basel, ist seit 2010 Teil der Mineralquelle Eptingen AG und derzeit Verwaltungsratspräsidentin sowie Leiterin für Marketing und Kommunikation. Sie hat einen Master of Advanced Studies in Marketing Management von der Universität Basel und lebt mit ihrem Mann und ihren zwei Kindern im Oberbaselbiet. In ihrer Freizeit geniesst sie Spaziergänge in der Natur. Die Familie Buchenhorner führt das Unternehmen seit vier Generationen.



Eptinger-Glasflasche kurz nach der Abfüllung

Foto: zVg

Wie beeinflussen die steigenden Energiepreise Ihr Geschäft?

Die Energiekosten haben sich von 2022 auf 2023 verdoppelt, und das ist eine enorme Belastung. Diese Kosten müssen wir weitergeben, da wir sonst nicht rentabel bleiben können. Es betrifft am Ende die Konsumenten, die etwas mehr zahlen müssen. Aber ohne diese Preis-anpassungen könnten wir auf lange Frist unsere Lieferanten nicht bezahlen oder die Löhne unserer Mitarbeiter nicht sichern.

«In anderen Ländern sind die Energiekosten oft niedriger, weil der Strom subventioniert wird.»

Wie hoch ist der Anteil der Energiekosten an einem Produkt?

Bei einem Massenprodukt wie unserem macht es pro Flasche nur ein paar Rappen aus. Aber bei einer Jahresproduktion von 55 Millionen Flaschen summiert sich das. Jeder Rappen zählt.

Haben Sie durch die höheren Energiepreise einen Wettbewerbsnachteil gegenüber ausländischen Anbietern?

Ja, absolut. In anderen Ländern sind die Energiekosten oft niedriger, weil der Strom subventioniert wird. Hinzu

kommen die höheren Lohnkosten und das generell höhere Preisniveau in der Schweiz. Das macht es für uns schwerer, zu konkurrieren.

Was tun Sie, um die Effizienz in der Produktion zu steigern?

Wir investieren ständig in neue, energieeffizientere Maschinen. Allerdings hat das Grenzen. Eine Maschine hat eine Lebensdauer von 20 bis 30 Jahren, und es ist nicht immer sinnvoll, sie sofort auszutauschen. Wir achten aber darauf, bei neuen Anschaffungen auf möglichst nachhaltige und energieeffiziente Technologien zu setzen.

Welche Rolle spielt die Digitalisierung in Ihrem Betrieb?

Die Digitalisierung hilft uns, effizienter zu planen und unsere Produktionsprozesse zu optimieren. Besonders bei der Produktionsplanung und der Reduzierung von Formatwechseln sehen wir noch Potenzial. Aber wie bei vielen Innovationen müssen die Kosten im Verhältnis zu den Einsparungen stehen.

Welche weiteren Trends sehen Sie im Getränkemarkt?

Neben dem Gesundheitstrend sehen wir auch einen zunehmenden Fokus auf Regionalität und Herkunft. Die Konsumenten möchten wissen, woher ihre Produkte stammen und welchen Einfluss sie auf die Umwelt haben. Das kommt uns als regionalem Anbie-

ter entgegen. Transparenz wird immer wichtiger, und wir sind stolz darauf, dies bieten zu können.

Sie erwähnten Regionalität – wie arbeiten Sie mit lokalen Partnern zusammen?

Wir legen grossen Wert auf regionale Zusammenarbeit. Viele unserer Lieferanten und Dienstleister kommen aus der Umgebung. Das stärkt nicht nur die regionale Wirtschaft, sondern reduziert auch die Transportwege, was wieder-

«Wir können nicht von heute auf morgen CO₂-neutral werden.»

um einen positiven Einfluss auf unsere CO₂-Bilanz hat. Es ist für uns ein echter Wettbewerbsvorteil, ein regional verwurzelt Unternehmen zu sein.

Was wünschen Sie sich von der Politik in Bezug auf Energie und Nachhaltigkeit?

Mehr Verständnis für die Bedürfnisse von Produktionsunternehmen. Wir können nicht von heute auf morgen CO₂-neutral werden. Dafür brauchen wir Zeit und Unterstützung. Besonders bei den Energiekosten wünsche ich mir stabile Preise, damit wir langfristig planen können. Politik und Wirtschaft müssen weiterhin im Dialog bleiben.

Blicken Sie optimistisch in die Zukunft Ihres Unternehmens?

Absolut. Wenn wir auf die letzten 125 Jahre zurückblicken, sehen wir, dass wir viele Herausforderungen gemeistert haben. Ob Weltkriege oder Industrialisierung, unser Unternehmen hat sich immer wieder an neue Bedingungen angepasst. Ich bin zuversichtlich, dass wir auch in Zukunft erfolgreich sein werden, solange wir innovativ und flexibel bleiben. Als Familienunternehmen tragen wir die Verantwortung, das Unternehmen gesund an die nächste Generation weiterzugeben.

Kurz gesagt.



“ Gute Rahmenbedingungen für Wirtschaftsstandorte umfassen eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Die Umstellung auf Nachhaltigkeit muss ausgewogen bleiben und darf die Unternehmen nicht gefährden.

Stefan Weber, Vice President
REGO-FIX AG



“ Stabile Energiepreise erfordern einen technologieoffenen Ansatz ohne Gefährdung der Versorgung durch Klimaschutzmassnahmen.

Pascal Degen,
CEO DERO AG



“ Kostengünstige, zuverlässige und klimafreundliche Energie ist der Schlüssel zur konkurrenzfähigen Standortentwicklung. Pragmatische Energiepolitik muss innovative Lösungsansätze fördern und sie nachhaltig verknüpfen.

Urs Zimmerli, CEO,
GETEC Schweiz



“ Eine stabile Energiepolitik darf nicht von Börsenpreisen abhängig sein, sondern muss im Interesse der Allgemeinheit gestaltet werden. Netzstabilität und Infrastruktur sollten in der Hand des Staates bleiben, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Marcel Blättler, Wirt
Restaurant Leue Waldenburg



“ Als systemrelevanter Lieferant des lebenswichtigen Rohstoffs Salz für die gesamte Schweiz sind wir auf eine zuverlässige und kosteneffiziente Energieversorgung angewiesen. Eine ausgewogene Energiepolitik ist notwendig, um unsere interkantonale Versorgungsaufgabe nachhaltig und wirtschaftlich effizient zu erfüllen.

Dr. Urs Ch. Hofmeier,
CEO Schweizer Salinen AG



“ Die Schweiz braucht eine Energiepolitik, die bezahlbaren Strom in ausreichender Menge für Bevölkerung und Wirtschaft sichert. Alles andere gefährdet unsere Wettbewerbsfähigkeit, unsere Arbeitsplätze und letztendlich unseren Wohlstand.

Thomas Tschopp,
Geschäftsführer RERO AG



Die hohen Energiepreise belasten vor allem die produzierende Wirtschaft sehr und die aktuelle kantonale Energiepolitik macht wenig Hoffnung auf Besserung. In den letzten Jahren hat der einseitige Fokus auf Klimaschutz dazu geführt, dass Energie nicht nur teuer, sondern auch knapp geworden ist. Künstliche Intelligenz und die Elektrifizierung vieler Bereiche im Leben werden die Nachfrage nach Strom in absehbarer Zeit verdoppeln. Um diese Herausforderung bewältigen zu können, braucht es eine zukunftsorientierte Energiepolitik, die Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit gleichermaßen berücksichtigt.

Initiative 16

Genügend und bezahlbare Energie: Mit einer positiven Energievision in die Zukunft

Die Forderung

Die heutige Energiepolitik, die Verzicht und Einschränkungen will, muss überarbeitet werden. Die Initiative «Genügend und bezahlbare Energie: Mit einer positiven Energievision in die Zukunft» fordert denn auch eine Energiepolitik, die Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit in Einklang bringt. Die Klimastrategie soll so angepasst werden, dass die Verfügbarkeit von genügend und möglichst günstiger Energie im Fokus steht. Dabei soll technologieoffen vorgegangen werden: Ob herkömmliche Methoden oder innovative Ansätze wie Wasserstoff oder synthetische Gase, alles sollte auf den Tisch. Ein zentraler Punkt der Initiative ist auch, dass Subventionen nicht zur Dauereinrichtung werden dürfen. Fördergelder sollten Anreize schaffen, nicht Abhängigkeiten.

Warum ist das wichtig?

Die fortlaufende Elektrifizierung vieler Lebensbereiche und die rasante Digitalisierung sowie Automatisierung der Wirtschaft sind nicht nur Zukunftsvisionen, sondern Realität. Dafür braucht es in absehbarer Zeit doppelt so viel Energie wie heute. Damit dieser Mehrverbrauch verlässlich und günstig gedeckt werden kann, müssen die kantonalen Regulierungen die Wirtschaftlichkeit der Energieproduktion priorisieren. Nur mit einem technologieoffenen Ansatz wird es gelingen, das nötige Vertrauen in der Wirtschaft aufzubauen, dass das Baselbiet trotz grosser Herausforderungen mit genügend und bezahlbarer Energie versorgt sein wird. Gelingt es nicht, die richtigen energiepolitischen Signale zu senden, werden insbesondere die produzierenden Unternehmen andere Wirtschaftsstandorte in Betracht ziehen. Damit gingen viele Arbeitsplätze und Lehrstellen verloren.

Die Umsetzung

Der Landrat soll die kantonale Gesetzgebung und die Klimastrategie unter Beachtung des übergeordneten Rechts dahingehend anpassen, dass stets genügend und möglichst günstige Energie zur Verfügung steht. In der Energiepolitik ist dringend ein technologieoffener Zubau von Produktionskapazitäten mit Blick über den Tellerrand hinaus erforderlich. Der grösste Handlungsbedarf besteht beim Strom. Mit Blick auf den langfristigen Energiepreis sind kosteneffiziente Lösungen zu bevorzugen. Kleinproduktionen und ungeeignete Produktionsstandorte sind zu vermeiden und die Verstetigung von Subventionen zu verhindern.

Weil unser aller Wohlstand kein Zufallsprodukt ist.

Gemeinsam «Zurück in die Erfolgsspur»



Treten Sie dem
Initiativkomitee
bei.

Möchten Sie uns ausserdem beim Sammeln notwendiger Unterschriften unterstützen, stellen wir Ihnen gerne weitere Unterschriftenbögen zur Verfügung. Bestellen Sie diese ganz einfach via QR-Code:





erfolgsspurbaselland.ch

